

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 Standpunkt**
Empfehlungen der
Baulandkommission werfen
Licht und Schatten
- 7 Forschung & Publikationen**
Was gewinnt die
Stadtgesellschaft durch
saubere Luft?
- 25 Neue Projekte**
Stärkung der Innovations-
fähigkeit der kommunalen
Wirtschaftsförderung
- 29 Veranstaltungen**
Checkpoint Teilhabe:
Jugendhilfe trifft
Eingliederungshilfe

Editorial

Standpunkt

- 4 Empfehlungen der Baulandkommission werfen Licht und Schatten

Forschung & Publikationen

- 6 Klimaschutz & Luftreinhaltung: Gute Beispiele aus Kommunen
- 7 Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?
- 8 Einfach Nachmachen: Erfolgreiche Klimaaktivitäten in Kommunen
- 9 Urbane Produktion in der Stadt der Zukunft
- 10 Lebensqualität und Daseinsvorsorge: Viele Vorteile durch Kooperationen
- 11 Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung
- 12 Rahmenbedingungen des Mobilfunkinfrastrukturausbaus
- 14 Umgang mit Sicherheit, Vielfalt und Nachbarschaftlichkeit in Kommunen
- 15 Integrative Wohnprojekte sind in Kommunen bisher noch eine Rarität
- 21 Neue Arbeitswelten bei Mobilität und mobilen Diensten
- 22 Steigende Investitionen und hohe Investitionsrückstände in Kommunen
- 23 Standortfaktoren identifizieren und zur fiskalischen Steuerung nutzen

Neue Projekte

- 24 Regionale Kooperation
- 24 Lokale Ökonomie im Quartier
- 25 Standorte für die Wirtschaft
- 25 Wirtschaft fördern innovativ

Veranstaltungen

- 26 Veranstaltungsvorschau
- 28 Effizienz der Photovoltaik auf kommunalen Dächern nutzen
- 29 Checkpoint Teilhabe: Eingliederung seelisch behinderter junger Menschen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ein Luftreinhalteplan?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 30 Die Stadt Lampertheim ist neu im Kreis der Difu-Zuwanderstädte
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Mediennachlese

Editorial



Fotos: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Klimastreik, Klimapaket, Klimanotstand, Klimafolgen, Klimafakten, Klimarettung“ – gibt man aktuell „Klima“ in die Suchmaschine ein, so ist sichtbar, was die Menschen heute bewegt. Dabei ist die Entdeckung dieser Handlungsnotwendigkeit kein neues Phänomen. Der Club of Rome hat die Menschheit bereits 1972 gewarnt und zum Handeln aufgerufen. Viele Jahre sind seitdem verstrichen. Insofern ist es folgerichtig, dass die Jugend – und nicht nur sie – mit Klimastreiks zu unverzüglichem Handeln auffordert. Denn es bleibt nicht viel Zeit, den Auswirkungen des Klimawandels wirksam entgegenzutreten. Das Klimapaket ist dazu ein erster Schritt, der Weg ist eingeschlagen, aber längst nicht bewältigt. Es bedarf weiterer wirkungsvoller Maßnahmen, die nicht immer bequem aber sicher unumgänglich sind.

Insofern ist es naheliegend, dass auch das neue Berichte-Magazin gleich mehrere Beiträge rund um das Thema Klima präsentiert. Und auch zu vielen weiteren kommunalrelevanten Themen arbeitet das Difu derzeit in seiner Forschung und Fortbildung, was die Beiträge im aktuellen Magazin verdeutlichen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Empfehlungen der Baulandkommission werfen Licht und Schatten

Die Bundesregierung hat sich eine Agenda gegeben, die es im Sinne einer stärker am Gemeinwohl ausgerichteten Stadtentwicklung umzusetzen und weiterzuentwickeln gilt. Auch die Länder sind gefordert und müssen unterstützen.

Die Ergebnisse der Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik – Baulandkommission“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) liegen seit dem 2. Juli 2019 vor. Angesichts der in vielen Ballungsräumen anzutreffenden Steigerungsraten bei Immobilienpreisen und Mieten und der daraus resultierenden Probleme vor allem bei der Bereitstellung von Bauland für die soziale Wohnraumversorgung und von Flächen für die öffentliche Infrastruktur (Schulen, Kitas, öffentliches Grün etc.), waren die Erwartungen an die Kommission hoch. Bereits im Vorfeld gab es einen intensiven Diskurs in der Fachöffentlichkeit mit der Forderung einer grundlegenden Neuaufstellung der Bodenpolitik. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich hieran gemeinsam mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung maßgeblich beteiligt und mit der „Bodenpolitischen Agenda 2020-2030“ im Herbst 2017 einen Katalog von geeigneten Maßnahmen vorgeschlagen, um die Voraussetzungen für ein Umsteuern zu einer gemeinwohlorientierten Entwicklung unserer Kommunen zu schaffen. In der „Fachcommunity“ und auch bei den kommunalen Spitzenverbänden gab es ein sehr breites Einvernehmen über Ziele und die erforderlichen Maßnahmen.

Die Baulandkommission greift diese Fäden auf. Das in der Präambel erfreulicherweise aufgeführte Bekenntnis zur Notwendigkeit einer stärkeren Gemeinwohlorientierung des Eigentums muss nun konsequent bei der Umsetzung der Empfehlungen aufgegriffen werden. Viele Vorschläge der Kommission gehen in die richtige Richtung. Der erhoffte große Wurf ist es aber nicht und war angesichts der heterogenen Interessenlage der Beteiligten auch nicht zu erwarten. Wenn beispielsweise von der Immobilienbranche stereotyp an dem Gedanken festgehalten wird, dass Deregulierung und weniger Staat die Lösung des Problems sind, zeugt dies von fundamentalen Zielkonflikten, denn gerade diese Rezepte sind in dem durch strukturelle Knappheit – Endlichkeit der Ressource Boden – geprägten Immobilienmarkt die Ursache für die festzustellenden Probleme und Handlungserfordernisse. Diesen Zielkonflikt wollten zumindest Teile der Koalitionsfraktionen bei der Formulierung des Kommissionsberichts nicht auflösen.

Zu begrüßen ist vor allem, dass der Kommissionsbericht eine aktive Boden- und Liegenschaftspolitik von Bund, Ländern und Kommunen einfordert. So wird eine Weiterentwicklung der Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Übernahme vergleichbarer Regelungen auch für andere Akteure (z.B. die Länder) vorgeschlagen. Die Bedeutung einer langfristig angelegten Bodenvorratspolitik durch die Kommunen wird herausgestellt. Finanzschwache Kommunen sollen dabei unterstützt werden, u.a. indem bestehende rechtliche Schranken angepasst werden. Erbbaurecht und Konzeptvergabe werden als wichtige Instrumente benannt. Deren gezielte Anwendung soll unterstützt werden. Auch das Erfordernis zum Ausbau von Personalkapazitäten und die Sinnhaftigkeit einer Fortbildungsinitiative werden reklamiert. Insgesamt werden damit zentrale Rahmenbedingungen für eine nachhaltige kommunale Bodenpolitik angesprochen und zahlreiche unterstützende Maßnahmen durch Bund und Länder benannt.

Auch zur Weiterentwicklung der nach dem Baugesetzbuch bestehenden kommunalen Handlungsmöglichkeiten finden sich im Kommissionsbericht Empfehlungen. Positiv ist hier vor allem die Einführung eines sektoralen Bebauungsplans herauszustellen. Auf der Basis eines solchen einfachen Bebauungsplans sollen Vorhabenträger auch bei Nachverdichtungsmaßnahmen in unbeplanten Innenbereichen („34er-Bereiche“) verpflichtet werden können, damit einen Anteil der Geschossfläche für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Da ein Großteil des Baugegeschehens sich in solchen Gebieten abspielt, kann auf diesem Wege ein wichtiger Beitrag zur Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus geleistet und einer sozialen Entmischung entgegengewirkt werden. Diese gute Idee wird durch die vorgeschlagene Befristung dieses Instruments allerdings entwertet.

Auch die Empfehlungen, das kommunale Vorkaufsrecht weiterzuentwickeln und das bisher „stumpfe“ Baugebot im Sinne des Grundsatzes „Baurechte schaffen auch Baupflichten“ praxisgerechter auszugestalten, gehen in die richtige Richtung. Beim Vorkaufsrecht soll die Ausübungsfrist von zwei auf drei Monate verlängert werden. Auch die in der Fachdiskussion von verschiedener Seite



Fotos: Difu



Prof. Dr.
Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Prof. Dr.
Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de



vorgeschlagene Klarstellung, dass die Wohnbedürfnisse der Gemeinde ein die Ausübung eines Vorkaufsrechts rechtfertigender Gemeinwohlgrund sein können, wird aufgegriffen. Weitergehende Vorschläge aus der Fachdiskussion, insbesondere die Schärfung des preislimitierten Vorkaufsrechts bleiben allerdings unberücksichtigt. Wie die empfohlenen Erleichterungen beim Baugebot konkret aussehen sollen, bleibt unklar. Die Einführung eines neuen Instruments zur Aktivierung dispers verteilter innerstädtischer Flächenpotenziale wird lediglich als Prüfauftrag aufgeführt. Dass Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentumsrechte dabei ausdrücklich ausgeschlossen werden, geht auf eine entsprechende Formulierung im Koalitionsvertrag zurück. Dies deutet auf eine gewisse Halbherzigkeit und einen möglicherweise noch auszutragenden politischen Konflikt.

Bewegung scheint es bei Hemmnissen für städtebauliche Entwicklungen in lärmvorbelasteten Gebieten zu geben. Im Bericht der Kommission wird ein Vorschlag des Bundesumweltministeriums (BMU) zur Einführung einer Experimentierklausel angesprochen. Beim Lärmschutz sollen Nutzungskonflikte zwischen Gewerbebetrieben und heranrückender Wohnbebauung besser bewältigt werden können. Wie diese konkret ausgestaltet werden sollten, bleibt allerdings offen. Vor allem wird dabei zu beachten sein, dass solche Änderungen nicht zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen in den Städten führen. Denn es muss vorrangig um die Gewährleistung guter, gesunder Lebensbedingungen gehen.

Einige Empfehlungen gehen auch ganz an den sich aktuell vor allem in den stark wachsenden Ballungsräumen stellenden Erfordernissen vorbei, wie z.B. die Schaffung eines dörflichen Wohngebiets oder die Verlängerung der Geltung von § 13b BauGB. Wirkungen entfalten die genannten

Regelungen vor allem in Regionen, in denen gar keine Engpässe bei der Baulandbereitstellung bestehen.

Leider gelingt es dem Kommissionsbericht nicht, eine konsistente politische Agenda zu beschreiben und gesetzesscharfe Empfehlungen zu formulieren, wo dies notwendig ist. Stattdessen viele gut gemeinte, aber unverbindliche „Überschriften“, zum Teil auch Prüfaufträge. Ein grundlegender Zielkonflikt bleibt ungelöst: die Frage, in welchem Maße der Staat auf die Immobilienmärkte Einfluss nehmen muss. Wer weitere Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentumsrechte von vornherein ausschließt, stellt sich dieser Frage nicht ernsthaft.

Manche sinnvollen Maßnahmen sind gar nicht enthalten, und eine Priorisierung etwa mit Blick auf die Wirksamkeit der Instrumente findet nicht statt. Andere Maßnahmen, z.B. die Empfehlungen für den Außenbereich, lassen sich bestenfalls mit Wahlkreisinteressen von Abgeordneten im ländlichen Raum erklären. Möglicherweise versteckt sich hinter einem so abgefassten Bericht mehr Dissens als Konsens der Koalitionspartner. Für die angespannten Wohnungsmärkte wäre das eine schlechte Nachricht. Der Abschlussbericht ist ein politischer Bericht, der ohne die Fachleute beschlossen wurde, und deren Expertise und Einschätzung leider auch nicht mehr transparent ist.

Ein solcher politischer Bericht hätte aber die Chance geboten, gesetzesscharfe – also sehr konkrete – Empfehlungen auszusprechen und den notwendigen legislativen Prozess in den Koalitionsfraktionen zu präjudizieren und zu beschleunigen. Genau dies ist aber nicht gelungen. Angesichts der kurzen Restlaufzeit der Legislatur – wenn man die gesetzgebungsträge Wahlkampfzeit einrechnet – sind punktuelle Verbesserungen wohl wahrscheinlicher als „ein großer Wurf“.

zum Weiterlesen

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Bodenpolitische Agenda 2020–2030.

➔ www.difu.de/11558

Positionspapier des Deutschen Städtetages „Neuausrichtung der Wohnungs- und Baulandpolitik“ vom 2.10.2017/2JgT2SW

➔ www.bit.ly/2GDZWSy

Münchener Aufruf für eine andere Bodenpolitik. Ein soziales Bodenrecht. Für bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte.

➔ www.bit.ly/2q1UxvP

Ein neues Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum. Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung am 9. Mai 2017 im Münchner Stadtmuseum.

➔ www.bit.ly/2JgT2SW

Klimaschutz & Luftreinhaltung: Gute Beispiele aus Kommunen

Viele Aktivitäten in der Luftreinhaltung dienen auch dem Klimaschutz und umgekehrt. Hier lohnt es sich genauer hinzuschauen und den Doppelnutzen für Umwelt und Gesundheit auszuschöpfen. Tipps gibt das neue Themenheft Klimaschutz & Luftreinhaltung.



Zahlreiche Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung von Luftschadstoffen haben dazu geführt, dass die Schadstoffbelastung der Luft in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Dennoch kommt es immer wieder zu Überschreitungen der Grenzwerte für Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon. Aufgrund des überaus hohen Emissionsbeitrags des Verkehrs gilt der Stärkung einer nachhaltigen Mobilität besonderes Augenmerk, denn klimaschonende Maßnahmen im Verkehrsbereich führen gleichzeitig zur Reduktion von CO₂- und Luftschadstoffemissionen.

Ein zentraler Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, ist es, für deutlich weniger Verkehr bzw. möglichst dessen Vermeidung zu sorgen. Technische Verbesserungen an Fahrzeugen allein reichen nicht aus. Daher ist es Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, attraktive Angebote zu schaffen, die zu einer Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Menschen und damit auch zu einer Verkehrswende führen. Mit der Elektrifizierung der kommunalen Busflotte und der Nachrüstung von Dieselmotoren mit Stickoxiddkatalysatoren, aber auch mit der Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements können Kommunen Vorbild sein. Neue technische Möglichkeiten durch Digitalisierung und Telematik ermöglichen außerdem eine nachhaltigere Verkehrslenkung und -steuerung.

Darüber hinaus gibt es weitere Maßnahmen, die positive Wirkungen auf die Luftqualität und unser

Klima haben, beispielsweise im Rahmen einer umweltbewussten Stadtplanung und -entwicklung. So tragen u.a. autofreie Wegenetze für den Fuß- und Radverkehr in Verbindung mit Grün- und Freiflächen zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Frischluftflächen und Luftleitbahnen bei und dienen damit zugleich auch der Anpassung an den Klimawandel. Dies zeigt: eine integrierte Betrachtung verschiedener Bereiche ist erforderlich, wollen Kommunen die Lebensqualität steigern und ein gesundes Wohn- und Arbeitsumfeld schaffen. Neben der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in den Kommunen ist es dabei wichtig, auch die Öffentlichkeit einzubeziehen und insbesondere ein Bewusstsein zur Änderung des eigenen Mobilitätsverhaltens zu schaffen.

Das aktuelle Themenheft „Klimaschutz und Luftreinhaltung“ zeigt neun Beispiele unterschiedlicher Strategien und Maßnahmen für saubere Luft in Kommunen und gibt Impulse, wie die beiden Themenfelder miteinander verknüpft werden können.

In der Publikationsreihe „Themenhefte“ greift das Difu mit Förderung durch das Bundesumweltministerium kontinuierlich Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen und Institutionen dargestellt.



www.difu.de/12723



Dipl.-Geogr.
Franziska Wittkötter
+49 221 340308-23
wittkoetter@difu.de

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die Luftreinhaltung avancierte im Zuge der Diskussion um Fahrverbote im Stadtverkehr zu einem Aufreger-Thema. Dass saubere Luft nicht nur lebenswichtig ist, sondern die Menschen schützt und Städte lebenswert macht, geriet dabei teils aus dem Blick.

Die Klagen der Deutschen Umwelthilfe gegen Städte, deren Luftreinhaltepläne nicht hinreichend gegen erhöhte Stickoxidbelastungen wirken, veranlassten viele dieser Städte dazu, Fahrverbote zu verhängen. Zweifellos ist der Kfz-Verkehr die Hauptquelle der Luftschadstoffbelastungen in den Städten. In der öffentlichen Debatte geht es in diesem Zusammenhang aber vorrangig um Verbote und Verzicht. Der Kern des Themas bleibt jedoch unerkannt oder wird ausgeblendet: Die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen und der Städte. Insbesondere in Städten gehen Luftbelastungen oft mit weiteren Belastungen einher, beispielsweise mit Verkehrslärm, erhöhten Ozonwerten, klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Hinzu kommt die spürbare und weiter zunehmende Flächenkonkurrenz des Autoverkehrs mit umweltfreundlichen Mobilitätsformen.

Durch Fahrverbote, Hardware-Nachrüstung von Diesel-Pkws oder den Wechsel zu Elektrofahrzeugen werden inzwischen mancherorts unvermeidbare kurzfristige Maßnahmen ergriffen, um die Vorgaben des Immissionsschutzes zu erreichen. Mittel- und langfristig wirksame Strategien zur Verbesserung der Luftqualität müssen jedoch darüber hinausgehen und insbesondere Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung sowie -verlagerung auf emissionsfreie Verkehrsträger und öffentliche Verkehrsmittel in den Fokus nehmen. Eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Zuge einer grundlegenden Verkehrswende würde neben sauberer Luft gleichzeitig weitere Positiveffekte für die Lebensqualität in den Städten eröffnen. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ließe sich durch die Umwandlung von Straßenland und Parkplätzen in Grün- und Freiflächen und die damit einhergehende Reduzierung des Verkehrs effektiv steigern.

Auch das Erfordernis einer resilienten Stadtentwicklung und die notwendige Klimaanpassung stellen bestehende Flächennutzungen und deren Verteilung in den Städten grundlegend in Frage. Stadtgrün – in Form von Parks, Gründächern, Straßenbäumen, Brachen und Grünflächen – übernimmt wichtige Funktionen für Erholung, Freizeit, das soziale Miteinander sowie für den Erhalt und die Entwicklung von Biodiversität in den Städten. Und, Stadtgrün dient zugleich der

Luftqualitätsregulation, dem Lärmschutz, der Regulation von Stadtklima und Wasserhaushalt sowie der Bewältigung von Wetterextremen.

Die Stadtentwicklungsplanung unterstützt die klimatische Wirkung von Stadtgrün durch die Berücksichtigung von Frischluftentstehung und Luftzirkulation in der Planung. Darüber hinaus entstehen durch intelligente Nutzungsmischung und eine verträgliche bauliche Dichte wesentliche Voraussetzungen für eine Stadt der kurzen Wege. Sie fördert den Fuß- und Radverkehr und macht das Auto entbehrlich.



Das Ziel saubere Luft in den Städten zu schaffen ist keine Aufgabe nur für die Verkehrsplanung. Im Zuge einer übergreifenden Herangehensweise ist es nur gemeinsam mit Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung, Lärminderungsplanung, Landschafts- und Freiraumplanung sowie der Planung stadttechnischer Infrastrukturen zu erreichen. Klimaschutz und -anpassung, Luftreinhaltung, Lärminderung, Mobilität sowie Grün- und Freiflächen sind voneinander abhängig und müssen daher im Zusammenhang betrachtet werden.

Im Difu widmete sich ein interdisziplinär besetztes Team dem hochaktuellen Thema „Saubere Luft in den Städten“. Die Difu-Fachleute diskutierten Maßnahmen unterschiedlicher Fachdisziplinen, sammelten Beispiele und Verfahren aus der Praxis und formulierten Empfehlungen. Zusammengefasst ist die Analyse in der Publikation „Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?“



www.difu.de/12719



**Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher**
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

**Dipl.-Ing.
Franciska Frölich**
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

**Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß**
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

**Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp**
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

**Dipl.-Ing.
Vera Völker**
+49 221 340308-14
voelker@difu.de

Einfach Nachmachen: Erfolgreiche Klimaaktivitäten in Kommunen

Von Green-IT bis zur Einführung von Bioessen in Kindertagesstätten: Eine neue Online-Publikation informiert anschaulich über praxisorientierte Beispiele für Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten in Kommunen.



Die neue Online-Publikation „Ausgezeichnete Praxisbeispiele – Klimaaktive Kommune 2018“ stellt die zehn prämierten Projekte des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2018“ vor und zeigt anschaulich die Vielfalt aktueller Klimaaktivitäten in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Damit bietet sie zahlreiche Impulse für kleine und große, arme und reiche, „klimaneugierige“ und „klimaerfahrene“ Kommunen. Ausgezeichnet wurden im Rahmen des Wettbewerbs die Städte Brackenheim, Bremen, Dortmund, Freiburg i. Br., Kiel, Köln, Magdeburg und Solingen, die Verbandsgemeinde Bad Ems sowie der Landkreis Lichtenfels. In den prämierten Projekten geht es um unterschiedliche Schwerpunkte wie Ressourcen- und Energieeffizienz, Klimaanpassung, Klimaaktivitäten zum Mitmachen und Klimaaktivitäten und Ernährung.

Die Landeshauptstadt Kiel beispielsweise reagierte auf die Zunahme von IT-Infrastruktur in Verwaltung und Schulen und dem damit einhergehenden steigenden Verbrauch an Energie. Nach dem systematischen Einsatz von „Green-IT“ in einem Serverraum zeigte sich, dass durch die energetische Modernisierung die vorab prognostizierte Stromersparung von 70 Prozent tatsächlich erreicht wurde. Die Investitionskosten hatten sich nach zwei Jahren amortisiert.

Wie viele andere Kommunen, muss auch die Landeshauptstadt Magdeburg auf die Folgen des Klimawandels – zum Beispiel Hitzetage oder Extremwetterereignisse – reagieren und benötigt daher zum Schutz des Stadtklimas Freiflächen und Freiluftschneisen. Deshalb wurden Stadtgebiete festgelegt, in denen nicht oder nur mit bestimmten Auflagen gebaut werden darf. Nicht

zuletzt durch die Verankerung im Flächennutzungsplan wird eine hohe Verbindlichkeit und die Verbesserung des Stadtklimas erreicht.

Mit den „Lichtenfelser Sonnentagen“ konnte der Landkreis Lichtenfels im Wettbewerb überzeugen. Bereits seit 20 Jahren werden Bürgerinnen und Bürger mit einem vielfältigen Angebot an Veranstaltungen, Förder- und Energieberatungen, Ideenwettbewerben zum Klimaschutz und zur Umsetzung der Energiewende motiviert. Allein in den letzten acht Jahren wurden rund 16 Prozent der Wohngebäude im Landkreis energetisch saniert oder nach hohen Effizienzstandards gebaut. Zudem hat sich die Zahl der Photovoltaikanlagen auf den Dächern verdreifacht.

Dass eine Umstellung auf klimafreundliche Bio-Produkte von regionalen Erzeugerbetrieben auch für streng ökonomisch ausgerichtete Großküchen möglich und sinnvoll ist, hat die Freie Hansestadt Bremen mit einem Modellversuch gezeigt. Jetzt sollen weitere Einrichtungen folgen.

Die Preisträger der laufenden Wettbewerbsrunde werden am 5. November 2019 auf der 12. Kommunalen Klimakonferenz in Berlin bekannt gegeben. Der Wettbewerb wird im Rahmen des Difu-Projekts „Kommunale Klimabühne – Wettbewerb Klimaaktive Kommune und Kommunale Klimakonferenz“ durchgeführt. Das Projekt wird aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert und hat zum Ziel, Anreize dafür zu schaffen, kommunale Klimaschutzaktivitäten weiterzuentwickeln sowie das Engagement der Kommunen im Klimaschutz zu fördern und zu verstetigen.



www.difu.de/12591



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340 308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Urbane Produktion in der Stadt der Zukunft

Perspektiven und Handlungserfordernisse für die „Urbane Produktion“ wurden im Difu-Forschungsprojekt SynVer*Z gemeinsam mit Wirtschaftsförderungen und weiteren Forschungsteams unter die Lupe genommen.

Durch die zunehmende Digitalisierung von Produktionsprozessen sowie die wachsende Bedeutung produktionsnaher Dienstleistungen, gewinnt die Stadt als Produktionsstandort neue Attraktivität. Produktionsstätten, die mit dieser „Urbanen Produktion“ in Verbindung gebracht werden, sind beispielsweise Manufakturen, emissionsarme Stadtfabriken und hybride Produktionsformen der Industrie 4.0. Als geeignete Branchen des verarbeitenden Gewerbes gelten die Bereiche der Nanotechnologie, der Medizintechnik und des kleinteiligen Maschinenbaus. Aber auch die Konsumgüter- und Lebensmittelindustrie (z. B. Kleidungs-/Möbelherstellung, Brauereien etc.) besitzen aufgrund ihrer Affinität zur Kundennähe ein hohes Potenzial für die urbane Produktion. Ferner sind die Wirtschaftsbereiche der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Gesundheits- und die Kreativwirtschaft oder das Urban Farming zu nennen.

Urbane Produktion entsteht vor allem am Rand der City und in der Innenstadt, also in Räumen mit einer hohen funktionalen Dichte und einer Mischung unterschiedlicher Nutzungen. Insbesondere in wachsenden Städten stößt diese gewerbliche Flächennachfrage der urbanen Produktion jedoch auf Nutzungskonkurrenzen. Ganz anders stellt sich die Situation in weniger nachgefragten

Kommunen oder Stadtteilen bzw. solchen mit rückläufiger Bevölkerungszahl dar. Hier wird die urbane Produktion als Chance für die Belebung untergenutzter, leerstehender oder brachgefallener Flächen betrachtet. Sie gilt als Treiber für innovative Standortentwicklung, der zudem zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen kann, indem lokale Potenziale genutzt und regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Dies gilt besonders für das produzierende Gewerbe, den Bereich der Landwirtschaft und Ernährung oder im Baugewerbe.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) begleitet seit 2017 die BMBF-Förderinitiativen „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ sowie die Umsetzung der „Leitinitiative Zukunftsstadt“, in denen es u.a. um Anforderungen und Effekte urbaner Produktion geht. Gemeinsam mit Projektteams dieser Initiativen und Akteuren der kommunalen Wirtschaftsförderung hat das Difu – im Rahmen seines Synthese- und Vernetzungsprojekts Zukunftsstadt (SynVer*Z) – Handlungsanforderungen für Forschung und Praxis zur Förderung urbaner Produktion herausgearbeitet. Diese Handlungsanforderungen wurden nun in einem Synthesepaper publiziert, das kostenfrei online zur Verfügung steht.



Foto: Jens Libbe, Difu



www.bit.ly/2YIZDAe



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Lebensqualität und Daseinsvorsorge: Viele Vorteile durch Kooperationen

Heute sind fast alle Gemeinden Teil einer oder mehrerer interkommunaler Kooperationen. Gerade bei Aufgaben der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen spricht viel dafür, Kooperationen zu stärken und zu verstetigen. Ein neuer Leitfaden gibt hierzu Anregungen.

Die Lebensqualität vor Ort wird maßgeblich durch eine funktionierende Daseinsvorsorge gesichert. In ländlichen Regionen bekommen Gemeinden die Auswirkungen des demografischen Wandels jedoch besonders deutlich zu spüren. Sie müssen sich vielfältigen Herausforderungen stellen, um verlässlich Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Zugleich verändern sich Rahmenbedingungen und auch die Aufgaben der Daseinsvorsorge. Interkommunalen Kooperationen kommt hier eine große Bedeutung zu. Sie können ein Weg sein, die kommunale Eigenständigkeit und lokale Identität zu wahren und zugleich die Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung langfristig zu sichern.



Der Leitfaden „Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation“ gibt Anregungen, wie bereits bestehende, vielerorts praktizierte Maßnahmen interkommunaler Kooperation weiter gestärkt und optimiert werden können, indem organisatorische Strukturen angepasst und durch ein übergreifendes Managementmodell auf regionaler Ebene weiterentwickelt werden. Im Kern geht es darum,

- bestehende und neue Aktivitäten strategisch und langfristig auszurichten,
- einzelne Handlungsfelder sowie Akteure und Akteurinnen zusammenzubringen,
- dauerhaft tragfähige Strukturen zu pflegen bzw. neu zu schaffen.

So wie sich die Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge laufend verändern, entwickeln sich auch interkommunale Kooperationen

kontinuierlich fort. Für die Kommunen ist es deshalb wichtig, die Sicherung der Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation in ein regionales Entwicklungsmanagement einzubinden. Wie dies gelingen kann, wird in dem Leitfaden sowohl handlungsfeldübergreifend als auch exemplarisch an drei Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge dargestellt und vertieft: Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Wohnen sowie Nahraumqualität.

Der Leitfaden greift viele zum Thema interkommunale Kooperation vorliegende und bereits gut aufbereitete Texte und Beispielsammlungen auf und verweist an passenden Stellen per Link auf Veröffentlichungen, die direkt im Internet aufgerufen werden können.

Die Veröffentlichung richtet sich insbesondere an kommunale Akteure und Akteurinnen,

- die die Sorge haben, dass sich in ihrer Region die Daseinsvorsorge und die damit verbundene Lebensqualität in der bekannten Qualität auf Dauer nicht halten lassen und die etwas dagegen tun wollen.
- die Beispiele suchen, wie mit interkommunaler Zusammenarbeit den wachsenden Herausforderungen und Aufgaben bei der Sicherung der Daseinsvorsorge begegnet werden kann und welche neuen Wege sie gehen könnten.
- deren Tagesgeschäft strategische Überlegungen in den Hintergrund drängt und die Anregungen suchen, wie sie sich gemeinsam mit anderen stärker strategischen Fragen widmen können.

Die Veröffentlichung ist im Rahmen des Verbundvorhabens „Lebenswerte Kleinstädte im demografischen Wandel – Lebensqualität erhalten durch ein sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement“ (LebensWert) in Kooperation mit dem ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, COOPERATIVE Infrastruktur und Umwelt sowie der Kreisstadt Eschwege entstanden. Das Vorhaben wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ gefördert.



www.difu.de/12825
www.difu.de/10583



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Ass.iur.
Stefanie Hanke, LL.M
+49 30 39001-157
hanke@difu.de

Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung

In der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte – MSG“ wird ein Blick auf Rathausplätze in so unterschiedlichen Städten wie Antwerpen, Prag, Budapest, Hamburg, Venedig, Dallas sowie Städten in Argentinien geworfen.



Das Heft 1/2019 der Zeitschrift ‚Moderne Stadtgeschichte‘ widmet sich dem Themenschwerpunkt ‚Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung‘ in internationaler Perspektive. Der Themenschwerpunkt wurde auf der EAUH-Tagung in Helsinki 2016 festgelegt. Auf eine umfassend die Aspekte des Themas beleuchtende Einführung der Heft-Herausgeber Christoph Strupp (Forschungsstelle Zeitgeschichte Hamburg) und Malte Thießen (LWL-Institut für Regionalgeschichte/ Uni Oldenburg) folgt der Aufsatz von Karen Vannieuwenhuyze ‚Using and Producing Urban Political Space‘ über die politischen Inanspruchnahmen des Antwerpener Rathausplatzes im 19. Jahrhundert. Hana Svatošová beleuchtet den Altstädter Ring in Prag als zentralen Ort städtischer und nationaler Geschichte. Erika Szívós thematisiert Budapest als Stadt mit ‚vielen Herzen‘ für den Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bei der Herz-Metapher bleibt Christoph Strupp in seiner Darstellung des Hamburger Rathausmarkts in der Spannung zwischen lokaler Politik und medialer Öffentlichkeit in den 1970er und 1980er Jahren. Janine Schemmer greift ein aktuelles Thema auf, indem sie „Plätze des Protests“ in Venedig im Kampf gegen den Ausverkauf der Stadt an den Massentourismus ins Zentrum stellt. Plätze ganz anderer Art werden in den beiden letzten Beiträgen des Schwerpunkts behandelt, zunächst im texanischen Dallas – Fort Worth, wo Kathryn Holliday und Colleen Casey dem Rathausplatz im Zeichen des Sprawl eine andere Funktion beimessen, dann in Argentinien, wo

Melisa Pesoa die Gestaltung republikanischer Plätze in Bestrebungen der Gesellschaftsreform durch Stadtreform stellt. Das Thema wird abgeschlossen mit einer Leitzension von David Templin, der den Sammelband von Christoph Bernhardt, ‚Städtische öffentliche Räume‘ bespricht.

Im Forum betrachtet Marc Banditt die Entstehung und Entwicklung des Kanalisationssystems in der ehemals deutschen Stadt Danzig und bettet dies in die zeitgenössischen Hygiene-Debatten ein. David Koser untersucht Prozesse der Citybildung in Berlin seit der Reichsgründung bis in die 1930er Jahre mit einem räumlichen Schwerpunkt auf Friedrichstadt und Dorotheenstadt.

Unter ‚Berichte‘ wird über eine Tagung zur Nutzung von Geo-Informationssystemen in der Stadtgeschichte informiert sowie über eine Konferenz zum Zusammenhang von Urbanisierung und internationaler Entwicklungspolitik im globalen Süden berichtet. Themen sind außerdem eine Tagung zum späten sowjetischen Dorf und der Spannung zwischen Urbanem und Ländlichem in der Sowjetunion. Die Tagung der britischen ‚Urban History Group‘ 2019 stand unter dem Thema ‚Voices of the City. People, Identity and Place 1600 to the Present‘. Schließlich wird eine Konferenz über ‚Histories and Rhythms of Urban Violence‘ dokumentiert. Das Wirken von Axel Schildt als Stadthistoriker wird in einem gesonderten Nachruf von Adelheid von Saldern gewürdigt.



www.difu.de/12654



Prof. Dr. Dieter Schott
+49 6151 1657307
schott@pg.tu-darmstadt.de

Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
+49 3362 793-142
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

Rahmenbedingungen des Mobilfunkinfrastrukturausbaus

Difu erstellt Bestandsaufnahme zur kommunalen Beteiligung im Zeichen des anstehenden Ausbaus von 5G. Im Vordergrund stehen dabei Fragen nach dem technologischen Bedarf und der Kommunikation zwischen Kommunen, Netzbetreibern und Stakeholdern.



Der Mobilfunk hat sich in den letzten rund 20 Jahren rasant entwickelt: Nahezu jeder Deutsche besitzt und nutzt ein Smartphone und andere mobile Geräte. Dabei ist Mobilfunk mittlerweile weit mehr als ortsungebundene Telefonie – er dient heute vor allem der Datenübertragung für mobile Internetanwendungen mit exponentiell steigender Nachfrage. Grundlage dafür ist die sich laufend weiterentwickelnde Mobilfunkinfrastruktur, die die Mobilfunknetzbetreiber seit den 1990er-Jahren nahezu flächendeckend sukzessive in den Kommunen auf- und ausgebaut haben.

Dabei unterliegt der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur sowohl gesetzlichen als auch untergesetzlichen Bestimmungen. So kommen einerseits immissionsschutz- und bauplanungs- bzw. -ordnungsrechtliche Vorgaben zum Tragen. Andererseits haben sich die Netzbetreiber im Sinne der Konfliktminimierung und Akzeptanzsteigerung beim Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur im Jahr 2001 gegenüber der Bundesregierung zu Transparenz- und Dialogmaßnahmen verpflichtet. Als Teil dieser Zusagen ist unter anderem eine Beteiligung der Kommunen beim Mobilfunkinfrastrukturausbau vorgesehen. Die Umsetzung der zugesicherten Maßnahmen aus dieser „freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber“ überprüft das Deutsche Institut für Urbanistik seit Inkrafttreten in regelmäßigen Monitoring-Gutachten („Mobilfunkjahresgutachten“).

Aus der bisherigen Begleitung von Informations- und Kommunikationsprozessen zwischen Netzbetreibern und Kommunen beim Mobilfunkausbau entstand ein neues Vorhaben. Es soll die kommunale Beteiligung vor dem Hintergrund der nächsten technologischen Ausbaustufe des Mobilfunks, 5G, aus aktueller Perspektive beleuchten. Dabei werden die rund zwei Jahrzehnte alten Verfahren an aktuelle Erfordernisse angepasst: einerseits was den technologischen Bedarf des Mobilfunks in einer sich rasant digitalisierenden Gesellschaft angeht, andererseits was die Kommunikation zwischen Kommunen, Netzbetreibern und weiteren am Ausbau beteiligten Stakeholdern betrifft.

Teil dieses Vorhabens ist die bereits veröffentlichte Bestandsaufnahme „Rahmenbedingungen beim Mobilfunkinfrastrukturausbau – Beteiligungsprozesse, Bestimmungen und aktuelle Entwicklungen“. Sie bietet für die weiteren Untersuchungen, letztlich aber auch für alle mit Mobilfunkausbauprozessen betrauten kommunalen Akteure, eine umfangreiche thematische Wissensgrundlage. Ausgehend von rechtlichen Bestimmungen sowie zugesagten untergesetzlichen Maßnahmen, über zeitliche Trends und Status quo der Ausbauprozesse, wird darin der Frage nachgegangen, wie Prozesse beim Mobilfunkausbau mit Blick auf künftige technologische Entwicklungen zu bewerten sind.



www.difu.de/12725



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Umgang mit Sicherheit, Vielfalt und Nachbarschaftlichkeit in Kommunen

Gesellschaftliche Vielfalt ist Herausforderung und Chance zugleich für die Schaffung und den Erhalt sicherer und lebendiger Städte. Sicherheitsstrategien, die an Diversität orientiert sind, können dazu beitragen.

Städte sind durch eine besondere Vielfalt im Hinblick auf soziale Lagen, Lebensstile, Werthaltungen und Kulturen geprägt. Sie sind Orte, an denen sich Menschen auf engem Raum begegnen und dadurch zur Interaktion gezwungen sind. Diese gesellschaftliche Vielfalt stellt möglicherweise auch geltende Normen und Werte in Frage, so dass es zu Verunsicherungen und Konflikten kommen kann. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Ebene der Quartiere. In dieser „Begegnungszone“ treffen verschiedene soziale Gruppen aufeinander, und sie interagieren miteinander. Hier werden Konflikte erfahren und ausgetragen und Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Zusammenleben verhandelt.



Vor diesem Hintergrund ist es zunehmend wichtig, gesellschaftliche Diversität in die Planung von Sicherheitsstrategien einzubeziehen, um den verschiedenen Sicherheitsbedürfnissen der Bewohnerschaft gerecht zu werden. So können Konflikte und Verunsicherungen im öffentlichen Raum von Stadtquartieren minimiert und so kann auch vorbeugend gehandelt werden.

Die neue Veröffentlichung „Sicherheit und Vielfalt im Quartier: Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis“ erläutert die Phänomene von Vielfalt in den Städten. Sie setzt sich mit dem Trend hin zu einer super-diversen Gesellschaft als Chance und Herausforderung für Kommunen auseinander und befasst sich mit der Rolle von subjektiver und objektiver Sicherheit in diesem Kontext. Sicherheit wird dabei als ein Aspekt von Lebensqualität verstanden, neben anderen

Aspekten, zu denen auch eine positive Umsetzung von Diversität gehört. „Lebensqualität“ wird damit zum integrativen Konzept für Vielfalt und Sicherheit in der Kommune. Anhand von Praxisbeispielen aus deutschen Städten wird in dem Band die Spannweite kommunalen Handelns im Umgang mit Vielfalt, Sicherheit und Nachbarschaftlichkeit illustriert.

Die Veröffentlichung entstand im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekts „DiverCity – Sicherheit und Vielfalt im Quartier“. Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen als Verbundkoordinator und dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen/Bremen erarbeitet das Difu im Rahmen des Projekts diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien. Diese sollen dazu dienen, ein sicheres Wohnumfeld und das nachbarschaftliche Miteinander in Stadtquartieren zu stärken, die sich durch eine besondere gesellschaftliche Vielfalt auszeichnen. Unter diversitätsorientierten Sicherheitsstrategien werden Vorgehensweisen verstanden, die die Unterschiedlichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen anerkennen. Verschiedene Nutzungsansprüche, Raumanforderungen und Werthaltungen sowie Sicherheitswahrnehmungen und -bedürfnisse sollten dabei beachtet werden, ohne deren Legitimität zu hierarchisieren.

Wo in den Kommunen Konflikte auftreten, sollten nach Möglichkeit lokale Konflikt- und Problemkonstellationen berücksichtigt werden. So können Lösungen gemeinsam mit den beteiligten Gruppen erarbeitet und die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und verbessert werden. Es geht also darum, Diversität als Ressource für die Schaffung und den Erhalt sicherer und lebendiger Städte und nicht als Bedrohung für die Sicherheit zu sehen – ohne die Herausforderungen zu negieren, die mit einer zunehmend diversen Stadtgesellschaft auch für die Sicherheit verbunden sind. Solche aushandlungsorientierten Problemlösungsprozesse stoßen allerdings spätestens dann an ihre Grenzen, wenn geltendes Recht oder unverhandelbare gesellschaftliche Grundwerte verletzt werden.



www.difu.de/12581
www.difu.de/11723
www.div-city.de



Dr. Holger Floeting
 urbane-sicherheit@difu.de

Integrative Wohnprojekte sind in Kommunen bisher noch eine Rarität

Neue Difu-Veröffentlichung stellt die Ergebnisse der Kommunalumfrage „Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft“ zur Unterbringung und Wohnsituation von Neuzugewanderten und Geflüchteten vor.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Die Wohnungsversorgung von Menschen mit Fluchterfahrung ist für viele Kommunen, insbesondere solche mit angespannten Wohnungsmärkten, eine Herausforderung. Vor allem in Groß- und Universitätsstädten sowie Ballungszentren ist in den letzten Jahren immer deutlicher der Mangel an bezahlbaren Wohnungen bemerkbar und verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – Integratives Wohnen mit Zuwanderern“ wurde eine Publikation erarbeitet, die die Thematik der Wohnraumversorgung und sozial-räumlichen Integration neu zugewanderter, insbesondere geflüchteter Menschen behandelt.

Projektanlass war die Beobachtung, dass in verschiedenen Kommunen Wohnprojekte entstanden bzw. im Entstehen sind, die sich durch integrative Konzepte auszeichnen. Hier werden innovative Wohnmodelle entwickelt, die das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen mit Zugewanderten ermöglichen und damit den Zusammenhalt im Gemeinwesen stärken. Anhand dieser als „Leuchttürme“ zu bezeichnenden Projekte ging es dem Forschungsteam darum, Strategien aufzuzeigen, wie soziales Miteinander in Nachbarschaften gestärkt und der Wohnungsmarkt für benachteiligte Gruppen besser zugänglich gemacht werden kann. Um die aktuelle Lage in Erfahrung zu bringen, führte das Difu zunächst eine repräsentative Umfrage durch, an der sich 631 Kommunen beteiligten. Die Datenerhebung erfolgte im Sommer 2018.

Die Kommunen gaben Auskunft über das Zuwanderungsgeschehen, die Wohnungsmarktsituation, die Unterbringungs- und Wohnsituationen von Neuzugewanderten und Maßnahmen zu deren Verbesserung. Darüber hinaus ging es um das Zusammenleben und die Integration in Nachbarschaften sowie darauf bezogene Fördermaßnahmen.

In einer neuen Difu-Sonderveröffentlichung, die kostenlos zum Download zur Verfügung steht, werden die Umfrageergebnisse nach Gemeindegröße, regionaler Lage, Wohnungsmarktsituation und Entwicklungsperspektive sowie nach Zuwanderungsgeschehen differenziert aufbereitet und grafisch dargestellt. Dabei zeigt sich, dass „integrative Wohnprojekte“ bislang eine Rarität sind und als wohnungspolitische Maßnahme eher eine untergeordnete Rolle spielen. Gleichwohl ergreifen die Kommunen vielfältige Maßnahmen, die Wohnsituation Neuzugewanderter sowie das Zusammenleben und die Integration in den Nachbarschaften zu verbessern.

Die Gesamtergebnisse des Forschungsprojekts werden bei einer öffentlichen Abschlusstagung am 6. März 2020 in Berlin vorgestellt. Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt wird vom Difu gemeinsam mit der Universität Stuttgart, Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie an der Fakultät Architektur und Stadtplanung bearbeitet.



www.difu.de/12855



Dr. rer. soc.
Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dipl.-Soz.
Guðrún Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

Luftreinhalteplan

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Luftreinhaltepläne müssen laut gesetzlicher Regelung dann erstellt werden, wenn Grenzwerte für Luftschadstoffe überschritten und damit Mensch und Umwelt gefährdet werden. Verursacht wird der Schadstoffausstoß – zum Beispiel durch Stickstoffdioxid oder Feinstaub – vor allem durch Verkehr, Industrie und Energieversorgung. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz, in dem die EU-Luftqualitätsrichtlinie aus dem Jahr 2008 umgesetzt wurde, stellt die rechtliche Grundlage dafür dar.

„Die Luftreinhaltung kann nur wirkungsvoll sein, wenn alle Verursacherbereiche einbezogen werden.“

Die für die Beurteilung der Luftqualität in Deutschland zuständigen Bundesländer geben die ermittelten Schadstoffwerte an das Umweltbundesamt (UBA) weiter, das die Werte veröffentlicht: www.bit.ly/31Ut1lw. Auf der Basis der gesammelten Werte werden diejenigen Gebiete identifiziert, in denen Grenzwerte nicht eingehalten wurden. Für diese müssen dann Luftreinhaltepläne mit entsprechenden Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffe ausgearbeitet werden. Bei der Erstellung der Pläne arbeiten Landes- und Kommunalbehörden zusammen und die Öffentlichkeit ist in geeigneter Weise zu beteiligen.

In den Plänen sind Maßnahmen enthalten, die von Verkehrsbeschränkungen (z.B. Tempolimits oder LKW-Durchfahrverbote) in besonders belasteten Straßen über die Schaffung von Umweltzonen bis zur Pflicht der Verwendung von Rußfiltern in Baumaschinen oder Fahrgastschiffen reichen. Zudem berührt der Plan auch Bereiche jenseits der Verkehrsplanung wie beispielsweise die Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung oder die Landschafts- und Freiraumplanung. Führen die realisierten Maßnahmen in dem vorgegebenen Zeitraum nicht zur gewünschten Schadstoffminderung, so müssen die Luftreinhaltepläne fortgeschrieben und mit zusätzlichen oder verschärften Maßnahmen ergänzt werden.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht 's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen **NEU**

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, ca. 250 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €, **eBOOK** 33,99 €,

in Vorbereitung

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/publikationen

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte

Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß

(Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche

Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz,

Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage,

224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4,

eBOOK 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV **NEU**

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 3/2019, zahlreiche Abb. und Fotos,

ca. 150 S., ca. 20 €, **eBOOK** ca. 17 €

in Vorbereitung

ISBN 978-3-88118-648-3

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft? **NEU**

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Dokumentation der Fachtagung „kommunal

mobil 2018“ am 7./8. Juni 2018 in Dessau

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ –

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Von Stefan Schneider u.a.

Bd. 6/2018, 160 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-619-3

Städtebauförderung in NRW

Erfolgsfaktoren u. Hemmnisse der Beantragung,

Bewilligung u. Abrechnung von Fördermitteln

Von Stefan Schneider, Henrik Scheller, Beate

Hollbach-Grömig, Bd. 5/2018, 78 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-616-2

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und

Daniel Zwicker-Schwarm

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs

Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-615-5, **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 3/2019

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Guidance on Integration of Shared Mobility Approaches in SUMP **NEU**

Wulf-Holger Arndt et al.
2019, 44 p., forthcoming, online only
➔ www.difu.de/publikationen

Integration von Sharing-Mobility-Ansätzen in nachhaltigen urbanen Verkehrsentwicklungsplänen **NEU**

Von Wulf-Holger Arndt, Victoria Langer u.a.
2019, 56 S., in Vorbereitung
➔ www.difu.de/publikationen

Kommunalumfrage: Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft **NEU**

Bericht im Rahmen des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – Integratives Wohnen mit Zuwanderern“
Von Gudrun Kirchhoff, Detlef Landua und Bettina Reimann
2019, 46 S., nur online
➔ www.difu.de/12855

Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation **NEU**

Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich geprägten Regionen
Von Jan Hendrik Trapp u.a.
2019, 67 S., nur online
➔ www.difu.de/12825

Räumliche Dimensionen der Digitalisierung **NEU**

Handlungsbedarfe für die Stadtentwicklungsplanung. Ein Thesenpapier
Von Roman Soike, Jens Libbe u.a.
2019, 30 S., nur online
➔ www.difu.de/publikationen

Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der Energiewende **NEU**

Potenziale, Verteilung und Ausgleichsbedarfe am Beispiel des Landkreises Ahrweiler
Von Stefan Schneider, Benedikt Walker, Dirk Assmann
2019, ca. 52 S., nur online
➔ www.difu.de/publikationen

Klimaschutz & Luftreinhaltung **NEU**

Strategien und Maßnahmen für saubere Luft in Kommunen
Difu (Hrsg.), Franziska Wittkötter (Bearb.)
2019, 80 S., vierfarbig, kostenlos
➔ www.difu.de/12723

Rahmenbedingungen beim Mobilfunkinfrastrukturausbau **NEU**

Beteiligungsprozesse, Bestimmungen und aktuelle Entwicklungen
Von Roman Soike, i.A. der Deutsche Telekom Technik GmbH, 2019, 42 S., nur online
➔ www.difu.de/12725

KfW-Kommunalpanel 2019 **NEU**

Von Elisabeth Krone und Henrik Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)
2019, 34 S., nur online
➔ www.difu.de/12625

Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis

Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem BMU-Forschungsprojekt City2Share und weiteren kommunalen Praxisbeispielen
T. Stein und U. Bauer (Hrsg.), i.A. des BMU
2019, 42 S., nur online
➔ www.difu.de/12601

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018

Klimaaktive Kommune 2018. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik Difu (Hrsg.), BMU (Förderer)
2019, 83 S., nur online
➔ www.difu.de/12591

Fokus: Klimaschutzfonds, Crowdfunding und Sponsoring

Wie alternative Finanzierungswege Klimaprojekte möglich machen
SK:KK (Hrsg.)
2019, 16 S., kostenlos
➔ www.difu.de/12587

Mobilität nachhaltig planen

Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten – Ergebnisse einer Umfrage zu kommunalen Verkehrsentwicklungsplänen
Von Wulf-Holger Arndt und Fabian Drews
2019, 58 S., kostenlos
➔ www.difu.de/12584

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis
Von Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting
2019, 54 S., nur online
➔ www.difu.de/12581

OB-Barometer 2019

Von Busso Grabow und Carsten Kühl, Difu (Hrsg.)
2019, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/12578

Mobilitätsmanagement in der Bundesverwaltung

Handlungsempfehlungen für die Praxis
Von U. Bauer, V. Langer, T. Stein, UBA-Texte 2019
2019, 56 S., nur online
➔ www.difu.de/12642

Umfrage Wirkung der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) für die Kommunen

Von J. Hasse und L. Willen, UBA-Bericht 1/2019
2019, 149 S., nur online
➔ www.difu.de/12409

Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen

Abschlussbericht
Von C. Böhme, T. Franke, T. Preuß
2019, 133 S., UBA-Bericht 02/2019, nur online
➔ www.difu.de/12522

Parkraummanagement lohnt sich!

Leitfaden für Kommunikation und Verwaltungspraxis
Von Uta Bauer u.a., i.A. der Agora Verkehrswende 2019. 72 S., kostenlos
➔ www.difu.de/12436

Diskurse und Leitbilder zur zukunfts-fähigen Ausgestaltung von Infrastrukturen Abschlussbericht

Von Jens Libbe u.a., UBA-Bericht 33/2018
2018, 102 S., nur online
➔ www.difu.de/12403

Geht doch!

Grundzüge einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie
Von Uta Bauer, Martina Hertel, Lisa Buchmann i.A. des Umweltbundesamts
2018, 55 S., vierfarbig, nur online
➔ www.difu.de/12208

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl.
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S.
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

Rathausplätze

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2019, 188 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Pfade des Urbanen

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2018, 152 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2018, 170 S.
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/publikationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.), 2018, 200 S.
Einzelband 36 €, Jahresabo 28 €
➔ www.difu.de/publikationen



Foto: Doris Reichel

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6760

Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als

Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander deutlich günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über Neuerscheinungen exklusiv per RSS-Feed informieren lassen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybilie Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Susanne Plagemann

M.A.

Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Luise Adrian

Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Vera Gutofski, Luisa Sophie
Müller, Louis Milan Speer

Grundgestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Fotos ohne Copyright-Angabe:
www.pixabay.com und www.unsplash.com
Herzlichen Dank an alle Fotografierenden
sowie an die Plattformen für die kostenfreie
Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 45/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 20.9.2019

Druck
H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltigen und kontrollierten
Quellen. Frei von Schwermetallen.

Weiterverwendung
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Difu-Angebote

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus
dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum
Download auf der Difu-Homepage zur
Verfügung. Andere können als Printexemplare
oder eBooks käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester findet monatlich die ge-
bührenfreie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge
zur Zukunft der Städte“ statt, die sich zu jedem
Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur
Zukunft der Städte befasst.

➔ www.difu.de/difu-dialoge

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-
Dienst „Difu-News“ über interessante neue
Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

RSS-Feeds

Feeds zu Presseinfos, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen

➔ www.difu.de/47

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informiert das Difu-Magazin
Berichte u.a. über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte
und Veranstaltungen.

Informiert sein, Umwelt schonen Platz sparen – herzlichen Dank!

Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-
Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996.
Steigen Sie doch einfach um auf die papierlose
Version. Sie schonen die Umwelt, sparen Platz
und entlasten uns von den Portokosten. Tragen
Sie sich einfach unter www.difu.de/6674 ein und
geben unter Sonstiges „Berichte digital“ ein.
Nach dem Erscheinen eines neuen Hefts erhal-
ten Sie eine Mail mit dem Link zum Heft (PDF).
Dadurch sind Sie gleich nach dem Erscheinen
informiert und noch früher, als Print-Abonne-
rende. Das Archiv finden Sie stets unter

➔ www.difu.de/d100718

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte.

Facebook

Über Facebook postet das Difu tagesaktuell
„teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw.
zu aktuellen kommunalrelevanten Themen.

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir dazu nähere Infos an:

Name

Funktion/Amt

Stadt/Verband

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Anmerkungen

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130, pressestelle@difu.de

Neue Arbeitswelten bei Mobilität und mobilen Diensten

In einer Studie im Auftrag des Institute For Advanced Sustainability Studies (IASS) beleuchtete das Difu den Strukturwandel der Arbeit und untersuchte, wie gemeinschaftliche Mobilität und mobile Dienste nachhaltig funktionieren.

Derzeit entstehen zahlreiche neue Mobilitätsangebote wie Freefloating-Verleihsysteme für Fahrräder und Elektro-Tretroller. Der Online-Handel verleiht der KEP-Branche, also den Kurier-, Express- und Paketdiensten, Auftrieb – Lieferdienste bringen beispielsweise das Wunsch-Menü bis an den Arbeitsplatz oder in die Wohnung. Plattformen schaffen einen einfachen Zugang zu diesen Dienstleistungen, die den Alltag erleichtern. Doch was bedeuten diese Entwicklungen für die Arbeit? Wie entwickelt sich die Beschäftigung? Wie sehen die Arbeitsverhältnisse in der neuen digitalen Welt aus – auch die jenseits kreativer Jobs in schicken Arbeitslofts?

Das Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. in Potsdam beauftragte das Difu im Rahmen der „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 – Arbeitsgruppe Zukunft der Arbeit“ mit der Erstellung der Studie „Strukturwandel der Arbeit im Kontext der Agenda 2030/Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie am Beispiel gemeinschaftlicher Mobilitätsformen in Deutschland“. In der Studie geht das Difu dem Strukturwandel der Arbeitswelt am Beispiel von Entwicklungen bei neuen Mobilitätsangeboten und mobilen Diensten nach. Im Fokus stehen dabei die neuen Mobilitätsdienstleistungen „Ridepooling“ sowie Car- und Bikesharing. Bei den mobilen Diensten stehen ambulante Pflege und Lieferdienste im Vordergrund. In der Studie werden Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit betrachtet. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf unentgeltlichen Tätigkeiten, die überproportional oft von Frauen verrichtet werden, wie beispielsweise die Pflege Angehöriger oder die Rufbereitschaft des „Mama-Taxis“.

Die Studie verfolgte zwei Ziele: Erstens sollte die Frage beantwortet werden, wie verschiedene Formen gemeinschaftlicher Mobilität und mobiler Dienste zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Zweitens galt es herauszufinden, welche Anforderungen für die Gestaltung des Strukturwandels der Arbeit sich für die Bereiche gemeinschaftliche Mobilität und mobile Dienste ergeben. Eine nachhaltige Entwicklung kann durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden: Energieeffizienz, Ressourcenverbrauch, Flächeninanspruchnahme, Erreichbarkeit aber auch Geschlechtergerechtigkeit. Neue gemeinschaftliche



Mobilitätsformen können die Mobilität verbessern, weil die Abhängigkeit vom ÖPNV mit seinen festen Fahrzeiten und auch die vom eigenen Auto aufgelöst wird. Es besteht aber auch die Gefahr von Rebound-Effekten, wenn aufgrund der Verfügbarkeit des Angebots zusätzliche Nachfrage generiert wird und sonst Radfahrende und zu Fuß Gehende auf motorisierte Angebote umsteigen. Eine nachhaltige Verkehrsentwicklung benötigt eine steuernde Politik, die durch Prioritätensetzung bei der Infrastruktur einen Rahmen für die Entwicklung setzt – zum Beispiel durch Erhalt und effizientere Nutzung vorhandener Infrastrukturen vor Neubau und durch die Einführung von Abgaben, wie z.B. eine CO₂-Steuer oder eine Straßenbenutzungsgebühr.

Plattformökonomien sind ein zentraler Trend für die Restrukturierung von Arbeitsverhältnissen und Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten. Plattformbetreiber verfügen meist über eine hohe Marktmacht, aber Beschäftigte nur über eine schwache Interessenvertretung. Daher stellt sich die Frage, welche Regelungen künftig für die gute Organisation von Arbeit notwendig sind, beispielsweise auch im Hinblick auf eine zuverlässige Erfassung der Arbeitszeit. Reformüberlegungen im Hinblick auf Plattformökonomien gehen dahin, den Arbeitnehmerstatus, der durch persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber definiert ist, auf diejenigen auszuweiten, die sachlich oder wirtschaftlich abhängig sind. Und nicht zuletzt geht es auch um die Frage, wie die Wertschätzung unbezahlter Arbeit erhöht werden kann, denn auch durch diese wird ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet – nicht nur durch Dienstleistungen, die auf Erwerbsarbeit beruhen.



www.difu.de/12707



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Geograph, M.A.
Thomas Stein
+49 30 39001- 181
stein@difu.de

Steigende Investitionen und hohe Investitionsrückstände in Kommunen

Die in vielen Kommunen erfreuliche Finanzlage sowie die diversen Förderprogramme haben zu einer weiteren Zunahme der Investitionstätigkeit geführt. Trotzdem liegt der Investitionsrückstand der Kommunen nach wie vor bei rund 138 Mrd. Euro.

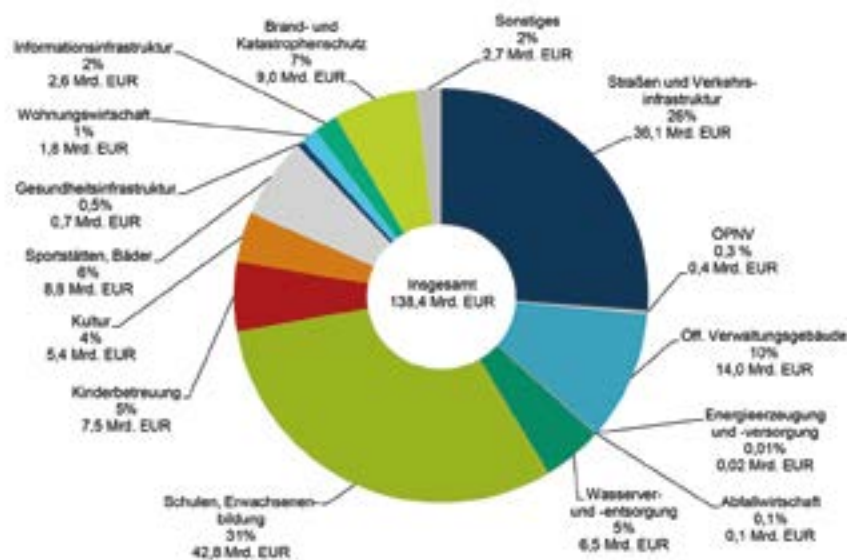
Bereits im zehnten Jahr in Folge hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe seine Kommunalbefragung zur Investitionstätigkeit und den Finanzierungsbedingungen der Landkreise, Städte und Gemeinden durchgeführt. Die diesjährigen Ergebnisse ermutigen: Die geplanten Investitionsausgaben 2018 stiegen laut Kämmereien auf rund 34,7 Mrd. EUR und werden 2019 wohl auf ca. 35,8 Mrd. EUR weiter anwachsen. Investitionsschwerpunkte bleiben vor allem die Straßen mit rd. 25 Prozent der gesamten Investitionen sowie die Schulen mit rd. 21 Prozent. Allerdings können nicht alle Investitionsausgaben wie geplant realisiert werden. Tatsächlich fallen die voraussichtlich verausgabten Investitionen 2018 rund ein Drittel niedriger aus als geplant. Gründe für diese Diskrepanz sind vor allem Kapazitätsengpässe der Verwaltungen und der Bauwirtschaft.

Obwohl sich nicht alle Investitionsprojekte innerhalb des Haushaltsjahrs realisieren lassen, bewerten die befragten Kämmereien ihren ungedeckten Investitionsbedarf optimistischer. Dadurch sinkt der wahrgenommene Investitionsrückstand in der Summe auf rund 138,4 Mrd. EUR und erreicht in etwa wieder das Niveau des Jahres 2015. Weiterhin sind die größten Investitionsrückstände in den Bereichen „Schule“ mit rund 42,8 Mrd. EUR, „Straßen“ mit rund 36,1 Mrd. EUR sowie den

„Verwaltungsgebäuden“ mit rund 14 Mrd. EUR zu verzeichnen. Prominente Themen wie beispielsweise „Wohnen“ weisen zwar auch eine prozentuale Zunahme auf, erreichen jedoch nicht die Größenordnungen vieler anderer Bereiche. Dies ist den differierenden Auslagerungsgraden der Kommunen geschuldet. Denn viele Aufgabenbereiche werden nicht mehr in den Kernverwaltungen wahrgenommen, sondern wurden in kommunale oder private Unternehmen ausgelagert.

In der aktuellen Panelbefragung deutet sich ein Wendepunkt an: Waren die Erwartungen zur künftigen Entwicklung der Finanzsituation in den Vorjahren stets besser als bei den jeweils vorangegangenen Befragungen, so ist in diesem Jahr ein deutlicher „Stimmungsknick“ zu erkennen. Insofern bleibt abzuwarten, ob sich diese Erwartungen erfüllen werden – zumal die Kommunen gleichzeitig, trotz gestiegener konjunktureller Risiken, für die meisten Aufgabenbereiche von einem weiteren Abbau des Investitionsrückstands in den nächsten Jahren ausgehen. Obwohl das Befragungsjahr 2018 für die meisten Kommunen von einer guten Haushaltslage bestimmt war, lebt nach wie vor rund ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands in Städten, die nur unter Haushaltssicherungsmaßnahmen wirtschaften können.

Wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen 2018



Quelle: KfW Kommunalpanel 2018, durchgeführt vom ifu von Sept. bis Okt. 2018



Standortfaktoren identifizieren und zur fiskalischen Steuerung nutzen

Durch welche Standortfaktoren kann die fiskalische Entwicklung von Regionen positiv beeinflusst werden? Difu veröffentlicht Studie zur Bedeutung von örtlichen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren für die positive fiskalische Entwicklung von Regionen.

Betrachtet man die unterschiedlichen Regionen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, so zeigt sich, dass die finanzielle Entwicklung von großen Ungleichheiten geprägt ist. Aber welche standortpolitischen Maßnahmen sind geeignet, um Untergleichheiten in der Finanzkraft abzubauen bzw. zumindest nicht weiter zu vergrößern? Dieser Frage ging das Difu in Kooperation mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung (GEFAK) im Auftrag des Bundesfinanzministeriums in einer kürzlich abgeschlossenen Studie nach.

Entwicklung zu. Jedoch konnten mit Hilfe einer Sensitivitätsanalyse Hinweise zum Einfluss und zur politischen Steuerbarkeit von Standortfaktoren abgeleitet werden. Auf diese Weise wurde ermittelt, welche Standortfaktoren einen starken Einfluss auf andere Faktoren ausüben und deshalb auch mit Blick auf ihre politische Steuerbarkeit für eine positive fiskalische Entwicklung besonders berücksichtigt werden sollten: Dazu zählen vor allem die Verkehrsinfrastrukturausstattung sowie eine aktive und wirtschaftsfreundliche Politik und Verwaltung. Als weitere „starke Standortfaktoren“



Die Ergebnisse: Anhand einer Analyse von zehn Best-Practice-Regionen zeigt sich, inwieweit verschiedene Faktoren zur Verbesserung der regionalwirtschaftlichen und damit zur fiskalischen Entwicklung der ausgewählten Landkreise beigetragen haben, Beispiele hierfür sind

- vorteilhafte naturräumliche Bedingungen, wie die geografische, topographische, siedlungsstrukturelle Lage,
- positive überregionale Rahmenbedingungen, wie die Verkehrsanbindung, eine positive Arbeitsmarktentwicklung, die Nähe zu Hochschul- und Forschungseinrichtungen,
- Maßnahmen zur Steigerung der regionalen Standortqualität durch zielgerichtete Projekte der Wirtschaftsförderung oder interkommunale Kooperationen.

Die Studie zeigt, dass sich zwischen einzelnen Standortfaktoren und der fiskalischen Entwicklung in Landkreisen kaum eindeutige Zusammenhänge erkennen lassen. Die Wechselwirkungen der Standortfaktoren in den untersuchten Regionen lassen kaum allgemein übertragbare Ableitungen zur Verbesserung der fiskalischen

gelten die Verfügbarkeit von (hochqualifizierten) Arbeitskräften, Investitionen (z. B. in technische und soziale Infrastrukturen), die Förderung wissensintensiver Unternehmen („Wissensökonomie“), Netzwerke und Kooperationen, die Attraktivität der Region sowie regionale Kooperationen. Da die letztgenannten Faktoren stärker „risikobehaftet“, also auch stärker vom Einfluss anderer Standortfaktoren abhängig sind, müssen bei der Wahl von Steuerungsinstrumenten weitere regionalspezifische Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Zu solchen „Entwicklungshebeln“ zählen die Nutzung von Fördermitteln, die Bildung von Clustern sowie die Bildungsinfrastruktur. Eine positive fiskalische Entwicklung basiert meist auf einem regional variierenden Zusammenspiel verschiedener Standortfaktoren und den jeweils gegebenen Rahmenbedingungen. Strategien und Maßnahmen für Kommunen und Landkreise sollten deshalb immer den regionalspezifischen Kontext berücksichtigen. Für die identifizierten Handlungsfelder Finanz- und Fördermittelpolitik, Standort- und Infrastrukturpolitik zeigt die online abrufbare Studie Handlungsbeispiele auf.



www.difu.de/11505



Dipl. Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Elisabeth Krone, M.Sc.
+49 30 39001-223
krone@difu.de

Regionale Kooperationen

Das Difu untersucht für die Stadt München Lasten-Nutzen-Ausgleichsinstrumente für die interkommunale Planung.

Regionale Kooperationen



www.difu.de/12727



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

**Dipl.-Ing
Daniela Michalski**
+49 30 39001-269
michalski@difu.de



Trotz umfangreicher Erfahrungen und einer breiten Palette von Instrumenten wird über Gemeindegrenzen hinweg noch zu wenig kooperiert. Kooperation wird oft als nachrangige Strategie und Zusatzaufgabe wahrgenommen. Projektübergreifende und strategische Kooperation wird als schwierig bewertet, da der regionale Nutzen nicht in jeder der beteiligten Kommunen gleichermaßen zu Buche schlägt und einzelne Kommunen wirtschaftlich-finanzielle Nachteile befürchten. Daher muss neben der Organisation auch die Verteilung der Folgekosten eines interkommunalen Projekts thematisiert und transparent ausgehandelt werden, um Gewinn und Verzicht nicht nur mit dem Verweis auf das regionale Gemeinwohl oder fiktive Ressourceneinsparungen zu begründen. Es gilt, belastbare Lasten-Nutzen-Ausgleichsinstrumente zu implementieren.

In einem für die Landeshauptstadt München im Sommer gestarteten Forschungsvorhaben geht es darum, Vorbehalte in der Münchner Region hinsichtlich einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit abzubauen und die Kooperation in einer Reihe von Aufgabenbereichen zu intensivieren. Dabei wird auf die guten Erfahrungen durchgeführter Regionalkonferenzen zurückgegriffen, die das Kooperationsklima verbesserten. Angesichts der Unsicherheit über Instrumente und Organisation möglicher Kooperationen in der Region, wird zunächst eine Bestandsaufnahme und Bewertung vorgenommen. Dabei sind bestehende Instrumente, die besonders geeignet für ausgleichsorientierte Planungen und Maßnahmen sind, von hohem Interesse. Darüber hinaus geht es um die Motivation für ein abgestimmtes und bedarfsgerechtes Wachstum in der Metropolregion.

Lokale Ökonomie im Quartier

Difu-Studie soll verallgemeinerbare Erkenntnisse über Wirtschaftsstrukturen in Quartieren liefern.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Für die Lebens- und Arbeitsqualität in städtischen Quartieren mit besonderen strukturellen Herausforderungen und einer prekären sozialen Situation, kommt lokalen Ökonomien eine wichtige Bedeutung zu. Als Arbeitgeber sorgen sie für Beschäftigung und sie stellen einen Gutteil der Nahversorgung für die Menschen vor Ort sicher. Damit erfüllen sie eine wichtige Stabilisierungs- und Integrationsfunktion in einem Umfeld mit meist vielen Standortnachteilen wie Strukturwandel, hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten, Leerstände, Defizite in der öffentlichen Infrastruktur. Es bestehen Forschungslücken über ökonomische, sozialräumliche und ökologische Wirkungen sowie die Arbeitsplatzeffekte dieser Ökonomien. Zu betrachten sind dabei alteingesessene Unternehmen, Dienstleister, Handwerksbetriebe, (ethnische) Kleinst- bzw. Alleinunternehmer genauso wie neue Formen urbaner Produktion, wie z. B. Manufakturen, Open Creative Labs, Inkubatoren etc. Diese sind zunehmend in strukturschwächeren Quartieren anzutreffen. Empirische Erkenntnisse zu standortspezifischen Wirkungen lokaler Ökonomien sind Voraussetzung dafür, geeignete Strategien und Handlungsempfehlungen für die Förderung profitorientierter Unternehmen in benachteiligten Quartieren entwickeln zu können. In einer vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) beauftragten Studie untersucht das Difu daher geförderte Projekte im Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“. Ausgehend von Erkenntnissen über lokale Wirtschaftsstrukturen in Quartieren werden Rahmenbedingungen, Wirkungen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse identifiziert, um Hinweise für eine noch gezieltere Förderung ableiten zu können.

Lokale Ökonomie im Quartier



www.difu.de/12880



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Standorte für die Wirtschaft

Difu begleitet Fortschreibung des Gewerbeentwicklungsprogramms Bremen (GEP 2030).

Standorte für die Wirtschaft



www.difu.de/12728



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dipl.-Geogr.
Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Sabine Wacker
+49 30 39001-249
wacker@difu.de



Die Hansestadt Bremen – bedeutender Standort der maritimen Wirtschaft, der Luft- und Raumfahrt, des Automobilbaus sowie des Handels und der Logistik – steht angesichts der technologischen und ökonomischen Veränderungen der Industrie und der Bedeutungszunahme wissensorientierter Ökonomien vor großen Herausforderungen. Die Zukunft der Wirtschaftsentwicklung hängt dabei ganz entscheidend von der Bereitstellung qualitativ und quantitativ ausreichender Gewerbeflächen ab. So werden in Bremen – wie in zahlreichen anderen deutschen Kommunen – die Themen Gewerbeflächenaktivierung, Revitalisierung von Alt-/Brachflächen sowie Flächen-sicherung insbesondere für stadtteilbezogenes Gewerbe und Handwerk, aber auch neue urbane Nutzungsformen (Co-Working, Urbane Produktion etc.) neu diskutiert.

Die Aktualisierung des GEP 2030 soll als „Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“ einen wichtigen Beitrag zur strategischen Stadtentwicklung der Hansestadt beisteuern. Die Stadt Bremen hat das Difu beauftragt, diesen Prozess wissenschaftlich, fachlich und inhaltlich zu begleiten. So wird das Institut u.a. den bisherigen Prozess der Gewerbeflächensicherung und -entwicklung in Bremen evaluieren, aktuelle Auswirkungen wirtschaftsrelevanter Trends in Bremen analysieren und die Ergebnisse des Beteiligungs- und Erarbeitungsprozesses auswerten. Auf diese Weise soll die Expertise des Difu zu unterschiedlichen Handlungsfeldern und Themen der Gewerbeflächenentwicklung sowie insbesondere zu den aktuellen Fragestellungen der Entwicklung von Wirtschaftsflächenkonzepten in den internen Erstellungsprozess des GEP 2030 einfließen.

Wirtschaft fördern innovativ



www.difu.de/12878



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Wirtschaft fördern innovativ

Difu untersucht Möglichkeiten zur Weiterentwicklung kommunaler Wirtschaftsförderung: Städte zum Mitmachen eingeladen.



Angesichts einer wachsenden Zahl neuer regionalwirtschaftlicher Herausforderungen wird es für die Wirtschaftsförderungen der Kommunen immer dringlicher, sich mit Zukunftsthemen auseinanderzusetzen. Dazu zählen u. a. die Tertiärisierung der urbanen Arbeitswelt als Ursache wachsender Lohnspreizungen und sozialer Spannungen, die voranschreitende Digitalisierung der Städte mit weitreichenden Konsequenzen für die Arbeitswelt, neue Formen der (urbanen) Produktion und Koproduktion („smart manufacturing“), die Dekarbonisierung und Klimaanpassungsnotwendigkeiten als Innovationstreiber, die weitere Verschärfung von Flächenkonkurrenzen sowie der Wandel individueller Arbeitsanforderungen in Zeiten von „Arbeit 4.0“.

In einem Gemeinschaftsprojekt von bislang zehn Städten und der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages sollen daher Möglichkeiten für eine Stärkung der Innovationsfähigkeit der kommunalen Wirtschaftsförderung entwickelt werden. Dazu werden Best-Practice-Beispiele aus dem internationalen und europäischen Kontext sowie neuere Methoden der Organisationstheorie aufbereitet und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf die Wirtschaftsförderung geprüft. Zentral wird dabei die Frage sein, welche Haltung die kommunale Wirtschaftsförderung zu ausgewählten Zukunftsthemen einnehmen will und mit welchen innovativen Maßnahmen sie diese adressieren kann. Welche Rolle soll die Wirtschaftsförderung künftig in Kommunen als Knotenpunkt zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie den Bürgern übernehmen? Und wie kann sich die Wirtschaftsförderung als agile Organisation kontinuierlich weiterentwickeln?



Veranstaltungsvorschau 2. Halbjahr 2019

Kommunales Energiemanagement quo vadis? Aktuelle Handlungsfelder des Energiemanagements in Kommunen

Projekte Kommunaler Klimaschutz – Fachtagung in Kooperation mit der Stadt Nürnberg, Hochbauamt

17.–18. Oktober 2019 in Nürnberg

➔ www.difu.de/12701

Wirtschaftsverkehre bewältigen – Lösungen für innerstädtische Quartierslogistik

Difu-Seminar in Kooperation mit der Stadt Nürnberg

21.–22. Oktober 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12454

Die ersten 100 Tage als Klimaschutzmanager_in – Tipps für einen gelungenen Einstieg

Projekte Kommunaler Klimaschutz – SK:KK-Webinar

22. Oktober 2019

➔ www.difu.de/12752

Kommunen im Fokus: Bremen. Von der Fahrradstraße zur Fahrradzone: das Rad im Quartier

Fahrradakademie-Webinar

23. Oktober 2019

➔ www.difu.de/12866

Mehr Inklusion, wirksameres Hilfesystem, weniger Schnittstellen – Beiträge, Anmerkungen und Hinweise aus der kommunalen Praxis

Dialogforum Jugendhilfe

28.–29. Oktober 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12489

Förderwissen für den Klimaschutz Informationsveranstaltung für Akteure im kommunalen Umfeld

Projekte Kommunaler Klimaschutz

28. Oktober 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12751

Förderwissen für den Klimaschutz – Ein Überblick

Projekte Kommunaler Klimaschutz – SK:KK-Webinar

29. Oktober 2019

➔ www.difu.de/12643

Wohnungspolitik und Wohnungsbau in angespannten Märkten

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

30. Oktober 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12744

Kommunale Straßeninfrastruktur – Finanzierung heute und morgen

Difu-Seminar

4.–5. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12458

12. Kommunale Klimakonferenz Kommunale Beschaffung – Klima und Ressourcen im Blick

Projekte Kommunaler Klimaschutz

5.–6. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12709

Sicher zu Fuß und mit dem Rad – Verkehrssichere Gestaltung innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen

Difu-Seminarreihe

7. November 2019 in Fulda

➔ www.difu.de/12668

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten. Aktueller Stand der Dinge und Ausblick

Dialogforum Jugendhilfe im Difu gemeinsam

mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

7.–8. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12486

Luftqualität und Gesundheit – Integriertes kommunales Vorgehen

Difu-Seminar

11.–12. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12460

13. Fahrradkommunalkonferenz Die Rolle des Radverkehrs für die Mobilitätswende

Fahrradakademie

11.–12. November 2019 in Lutherstadt

Wittenberg

➔ www.difu.de/12763

Streitfall Parken – Stellplatzpolitik als strategisches Instrument

Difu-Seminar

14.–15. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12462

Die Klaviatur der Innenentwicklung – Erfahrungen und Erfordernisse

Difu-Seminar in Kooperation mit der Stadt Trier, mit Unterstützung der Architektenkammer Rheinland-Pfalz

14.–15. November 2019 in Trier

➔ www.difu.de/12464

Sicherer Radverkehr Grundlagen und Praxisbeispiele

Fahrradakademie

20. November 2019 in Münster

➔ www.difu.de/12811

Forum deutscher Wirtschaftsförderer Kongress

21.–22. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12356

Vorstellung des NRVP-Projekts „Fahrradfreundliche Gewerbegebiete am Beispiel des Frankfurter Flughafens“

Fahrradakademie-Webinar

26. November 2019

➔ www.difu.de/12862

E-Tretroller – Chance oder Bürde für die Städte?

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

27. November 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12746

Sicher zu Fuß und mit dem Rad – Verkehrssichere Gestaltung innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen

Difu-Seminarreihe

28. November 2019 in Essen

➔ www.difu.de/12670

Treibhausgase bilanzieren - Einführung für Einsteiger_innen

SK:KK-Webinar

3. Dezember 2019

➔ www.difu.de/12863**Was ist schön?****Erfahrungsaustausch Baukultur**

Difu-Seminar

2.–3. Dezember 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12468**Sicherer Radverkehr****Grundlagen und Praxisbeispiele**

Fahrradakademie

4. Dezember 2019 in Darmstadt

➔ www.difu.de/12812**Erfolgsfaktoren und Instrumente für eine klimafreundliche Abfallwirtschaft**

Projekt Kommunalen Klimaschutzes -

SK:KK-Fachaustausch

5. Dezember 2019 in Erlangen

➔ www.difu.de/12858**Jenseits der Kirchturmpolitik –****Interkommunale Zusammenarbeit in der Stadtregion**

Difu-Seminar

5.–6. Dezember 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12469**Kommunen im Fokus: Rostock. Kampagnen und Service für den Radverkehr**

Fahrradakademie-Webinar

10. Dezember 2019

➔ www.difu.de/12874**Förderwissen für den Klimaschutz – Informationsveranstaltung für Rheinland-Pfalz**

Projekte Kommunalen Klimaschutzes –

SK:KK vor Ort

10. Dezember 2019 in Koblenz

➔ www.difu.de/12644**Bürgerdialog in Zeiten aufgeheizter Debatten – Bedeutung kommunaler Kommunikationsstrategien zu Migration und Integration**

Difu-Seminar

12. Dezember 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12734**Sicherer Radverkehr****Grundlagen und Praxisbeispiele**

Fahrradakademie

12. Dezember 2019 in Hamburg

➔ www.difu.de/12813**1. Halbjahr 2020****Die Schule als Lebenswelt – Neue Anforderungen an den Schulbau (Wiederholung)**

Difu-Seminar in Kooperation mit der Landeshauptstadt Düsseldorf

9.–10. Januar 2020 in Düsseldorf

➔ www.difu.de/12838**Förderwissen für den Klimaschutz: Informationsveranstaltung für Bayern**

Projekt Kommunalen Klimaschutzes –

SK:KK vor Ort

23. Januar 2020 in Nürnberg

➔ www.difu.de/12861**Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung 1 – Zusammenarbeit mit externen Planungsebenen (Wiederholung)**

Difu-Seminar in Kooperation mit dem

Deutschen Städtetag

27.–28. Januar 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12766**Sicherer Radverkehr****Grundlagen und Praxisbeispiele**

Fahrradakademie

29. Januar 2020 in Halle/Saale

➔ www.difu.de/12814**Der ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende – Herausforderungen und Lösungsansätze**

Difu-Seminar

10.–11. Februar 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12769**Sicherer Radverkehr****Grundlagen und Praxisbeispiele**

Fahrradakademie

12. Februar 2020 in Ulm

➔ www.difu.de/12815**Wissenschaft in der Stadt – Das Miteinander von Kommunen und Hochschulen**

Difu-Seminar in Abstimmung mit der Stadt

Nürnberg

13.–14. Februar 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12770**Visionen greifbar machen – Auswirkungen strategischer Entscheidungen abschätzen**

Difu-Seminar

9.–10. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12773**Produktive Stadt II – Instrumente und Gestaltungsräume**

Difu-Seminar

12.–13. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12776**Kultur für alle? Handlungsansätze zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe**

Difu-Seminar

19.–20. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12778**Stadt im Dialog gestalten!****Chancen, Spielräume, Risiken kommunaler Bürgerbeteiligung**

Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit der Stadt Köln

25.–26. März 2020 in Köln

➔ www.difu.de/12780**Stadtplanung im digitalen Umbruch – Tools und Trends für das digitale Planen**

Difu-Seminar

26.–27. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12782**Abfallvermeidung und Wiederverwendung – lokale Handlungsansätze**

Difu-Seminar in Kooperation mit

Kunst-Stoffe-Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien e. V.

03. April 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12784**Weitere Veranstaltungsangebote am Difu**

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu am Berliner Standort ab Ende Oktober 2020 wieder Veranstaltungen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen an. Darüber hinaus sind wie immer fachbezogene Veranstaltungen im Rahmen verschiedener Projekte im Programm. Die Programme mit Anmeldemöglichkeit werden stets nach der Fertigstellung direkt unter folgenden Links veröffentlicht:

Difu-Fortbildung➔ www.bit.ly/2m3Gw25**Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte**➔ www.difu.de/difu-dialoge**Dialogforum Jugendhilfe**➔ www.bit.ly/2GqfMkb**Fahrradakademie**➔ www.bit.ly/2XhrwLz**Service- und Kompetenzzentrum Kommunalen Klimaschutzes**➔ www.bit.ly/30uamMZ

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Effizienz der Photovoltaik auf kommunalen Dächern nutzen

Bei einem gut besuchten Difu-Seminar im September in Berlin tauschten sich die Teilnehmenden darüber aus, wie Kommunen Strom kosteneffizient selbst produzieren und nutzen können.



Photovoltaik-(PV-)Anlagen auf eigenen Gebäuden sind für Kommunen gewinnbringende Investitionen. Was ist jedoch bei der Planung, Beauftragung und beim Betrieb zu beachten? Welche Betreibermodelle sind möglich und welche Klimaschutzwirkungen ergeben sich? Diese und zahlreiche weitere Fragen wurden auf einem stark nachgefragten Difu-Seminar in Berlin erörtert.

Einigkeit bestand unter den Teilnehmenden aus Fachcommunity und Praxis darin, dass sich die Investition in PV lohnt. Die in den vergangenen Jahren weiter stark gesunkenen Kosten für die schlüsselfertige Errichtung von PV-Anlagen eröffnen Kommunen ungeahnte Chancen für die Erzeugung umwelt- und klimafreundlicher Elektrizität auf den eigenen Gebäuden. Die PV-Stromgestehungskosten sind inzwischen meist weit unter die Stromeinkaufskosten gesunken. So können – je nach Betreibermodell – durch den PV-Eigenverbrauch der aus dem Netz bezogene Strom und die damit verbundenen Kosten reduziert werden. Der PV-Ertrag im Tagesverlauf passt bei der Mehrzahl der kommunalen Gebäude sehr gut zum tatsächlichen Verbrauch. Der restliche Strom wird gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ins allgemeine Stromnetz eingespeist. Dies geschieht zu einem festen Preis – und zwar für 20 Jahre plus Inbetriebnahmejahr. Dadurch entsteht Planungssicherheit. Zugleich reduzieren sich die Kosten mit jedem zusätzlichen Strompreisanstieg weiter. Am kostengünstigsten und einfachsten erfolgt der Ausbau dort, wo Gebäude ohnehin saniert oder neu errichtet werden müssen. Kommunen, die neu ins Thema einsteigen, sind gut beraten, hier zu beginnen.

Photovoltaik stellt aber nicht nur eine gewinnbringende Investition für Kommunen dar. Sie erhöht zugleich die lokale Wertschöpfung und verbessert den Klimaschutz vor Ort. Neben den wirtschaftlichen Anreizen wurde im Difu-Seminar auch die Dringlichkeit aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise thematisiert. Gerade die Fachleute der Kommunalpraxis im Seminar machten deutlich, dass nicht allein die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sie antreibt. So werden teils besonders große Dächer bewusst an Investoren verpachtet, um mit vergleichsweise geringerem eigenen Planungsaufwand möglichst schnell zur Steigerung des Anteils „der Erneuerbaren“ in der eigenen Stadt beizutragen. Die Verantwortung ist groß und sie wird gesehen. Ein erheblicher Teil der Treibhausgasemissionen werden in Städten emittiert. Immer wieder wurden im Seminar die einerseits noch immer sehr geringen Ausbauzahlen in den Städten, aber andererseits auch das enorme Potenzial der Photovoltaik konstatiert.

Dabei können Kommunen hier sehr viel bewegen: Vergleichsweise wenige Akteure haben hier Zugriff auf eine hohe Zahl an Gebäuden. Diesen Hebel auszunutzen, birgt wirtschaftliche Vorteile und hat Vorbildcharakter für die Menschen in den Kommunen und die Unternehmen. Besonders wichtig ist, dass Entscheidende der kommunalen Ebene die Chancen erkennen, die sich hier auftun. Darauf aufbauend ist die Mobilisierung des entsprechenden Personals von zentraler Bedeutung. Erst anschließend stellen sich die – zahlreichen und im Seminar erörterten – Fragen: nach rechtlichen Grundkonstellationen (Eigenversorgung, EEG-geförderte oder gar freie Veräußerung u.a.), nach Betreibermodellen (Eigenbetrieb, Anlagen-Pacht, Dachverpachtung u.a.), nach den wichtigsten Planungsschritten, nach Co-Benefits, z.B. durch die Kombination von PV mit Dachbegrünung, sowie nach besonderen Lösungen, z.B. bei denkmalgeschützten Gebäuden und architektonisch anspruchsvoll gestalteten PV-Fassaden. Eines wurde in der Diskussion deutlich: Ein Ende der Kostendegression für die Photovoltaik ist bisher nicht in Sicht.



www.difu.de/12884



Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 34030826
walter@difu.de

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 34030826
bweber@difu.de

Checkpoint Teilhabe: Eingliederung seelisch behinderter junger Menschen

Jugendämter sind seit 2018 als Rehabilitationsträger in erweiterter Verantwortung. Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe sind gefordert – auf Grundlage des Bundesteilhabegesetzes – gemeinsam neue ganzheitliche Lösungen zu entwickeln.

Am 1. Januar 2018 trat die zweite Reformphase des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft. Für die Kinder- und Jugendhilfe resultieren daraus unmittelbare Konsequenzen: Mit Blick auf § 35a SGB VIII (Eingliederung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher) stehen die Jugendämter als Rehabilitationsträger vor der Herausforderung, die sich aus dem BTHG ergebenden Richtlinien neu in ihre Arbeitsprozesse zu integrieren. Daher müssen auf der Ebene der kommunalen Praxis neue Instrumente der Bedarfsermittlung konzipiert sowie differenzierte Verfahrensabläufe zur Kooperation verschiedener Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen, Trägern der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe in Bezug auf die Hilfe-/Teilhabeplanung implementiert werden. Wie das konkret umsetzbar ist, diskutierten 140 Teilnehmende aus allen beteiligten Akteursgruppen im Mai 2019 auf der 4. Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in Berlin. Die Veranstaltung war von einem engagierten Austausch geprägt, in dem es darum ging, inwieweit sich die Praxis vor dem Hintergrund des BTHG bereits verändert hat, wo sich neuer systemischer Veränderungsbedarf erkennen lässt, wie Prozesse ganzheitlich abgestimmt werden können und an welchen Stellen sich ggf. gesetzlich geregelter Reformbedarf für das SGB VIII aufgrund der Reform des BTHG ergibt.

Inhaltlich ging es vorrangig um die anstehenden Veränderungen von Arbeitsabläufen im Jugendamt und der Hilfeplanung als Kernelement einzelfallbezogener Hilfen in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe. Dies war unter der Überschrift „Jugendhilfe trifft Eingliederungshilfe“ Diskussionsgegenstand in sechs Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern Kinderschutz, Kita/Frühförderung, Begleitete Elternschaft, Beratung, Schulbegleitung und Fremdbetreuung. Auf einer Podiumsdiskussion wurden Perspektiven für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick darauf, was die Kommunalpraxis dem BMFSFJ mit auf den Weg für eine Modernisierung des SGB VIII geben will, diskutiert. Breiten Konsens zeigten die Teilnehmenden im Wunsch nach Klarheit und konkreten

Regelungen für die „Große Lösung“, „damit“, so ein Teilnehmer, „auch wir in der Behindertenhilfe endlich handlungsfähig werden und auf Detailfragen eingehen können – wie die Frage der Bedarfsermittlung, die die Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen mit ins Boot nimmt und die dafür Sorge tragen kann, dass Hilfeplanverfahren so gestaltet werden, dass jemand die Stimme für die Menschen erhebt, die dazu selbst nicht in der Lage sind“. Der von Prof. Christian Schrapper formulierte Wunsch „dass in unserem Land jedes Kind gut groß werden kann, unabhängig davon, woher es kommt, mit welchen Beeinträchtigungen es geboren ist und unter welchen Bedingungen es aufwächst, und dass die öffentliche Verantwortung dafür, dass alle Kinder in diesem Land gut groß werden, noch viel stärker verankert ist“, fand ein ungeteiltes Echo.



Die Veranstaltung wurde von Dörte Maack moderiert, die – als blinde Moderatorin – vielen Teilnehmenden nicht nur die Augen öffnete, sondern auch für viele nachdenkliche, humorvolle und emotionale Momente auf dieser Tagung sorgte und aus ihrer Perspektive verdeutlichte, dass Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen vor allem der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben eint. „Die Beeinträchtigung kann man nicht wegleugnen, aber wir alle möchten mit diesem Merkmal so selbstbestimmt unser Leben gestalten, wie es eben möglich ist.“ Wie inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander schon jetzt, auch ohne rechtliche Rahmung, gestaltet werden kann, soll während der nächsten Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch am 7./8. November 2019 in Berlin diskutiert werden. Dabei geht es um die Wirkkraft unseres Tuns.



Handicap-Ausgleich auf dem Podium: Die blinde Moderatorin Dörte Maack mit den Podiumsteilnehmern Dr. Andreas Oberle, Klinikum Stuttgart und Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau (v.l.n.r.).



www.bit.ly/2MGshvw



Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Die Stadt Lampertheim ist neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte

Seit 2019 haben Lampertheim und das Difu ihre Kooperation vertieft. Lampertheim nutzt als Zuwenderstadt die Difu-Serviceleistungen und profitiert vom erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Stadt lohnt sich!



Foto: Stadt Lampertheim

Lampertheim ist vor allem für seinen Spargel, aber auch als Anbaugelände für Erdbeeren, Zwiebeln und weitere Sonderkulturen bekannt und wird daher liebevoll als größter hessischer Gemüsegarten bezeichnet. Bereits in den 20er-Jahren wurde der Lampertheimer Spargel über Deutschland hinaus bekannt gemacht. So wurde er den Gästen im Luftschiff „Graf Zeppelin“ anlässlich einer Orientreise im Jahr 1929 serviert. Auch später war das Lampertheimer Edelgemüse immer wieder bei Zeppelin-Flügen mit dabei.

Neben dem rund 1.058 Hektar großen Stadtwald trägt vor allem das Naturschutzgebiet „Lampertheimer Altrhein“ zur Naherholung für Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste der Spargelstadt bei. Es ist gut fünf Quadratkilometer groß und eines der größten hessischen Naturschutzgebiete. Der Altrheinarm ist Erholungs- und Sportstätte zugleich. Kanuten lernen hier die ersten Paddelschläge und gewinnen regelmäßig nationale und internationale Titel.

Die geographische Lage inmitten der Metropolregion Rhein-Neckar im Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz bietet nicht nur Unternehmen viele Möglichkeiten. Einer der wichtigsten Standortvorteile Lampertheims liegt in der zentralen Lage am Schnittpunkt der wichtigsten europäischen Fernverkehrsverbindungen A 6 (Saarbrücken – Nürnberg), A 5 (Basel – Frankfurt/M.), A 61 (Venlo – Ludwigshafen) und A 67 (Mannheim – Wiesbaden).

Darüber hinaus gibt es eine gute Anbindung an den ICE-Knoten Mannheim mit stündlichen Bahnverbindungen in alle Richtungen. Buslinien stellen die Verbindung innerhalb der Stadtteile und zu den Nachbargemeinden und der Stadt Worms her. Der Frankfurt Airport, einer der größten Flughäfen in Europa, ist ca. 60 Autobahnkilometer entfernt und somit in kurzer Zeit erreichbar. Nicht unerwähnt sei die Nähe zum Rhein und dem zweitgrößten Binnenhafen Europas in Mannheim.

Der Standort Lampertheim zeigt eine seit Jahrzehnten kontinuierliche, expansive wirtschaftliche Entwicklung, die nicht nur in der Qualität durch sich neu niederlassende Unternehmen – vor allem mittelständische Unternehmen –, sondern auch im qualitativen Ausbau und der Modernisierung bestehender und seit langem ansässiger Unternehmen bestätigt wird. Aktuell gibt es in Lampertheim 1200 Unternehmen (Gewerbe). Ergänzt werden diese durch weitere 1000 Unternehmen im Bereich der freiberuflich Tätigen. Eine hervorragende ärztliche Versorgung, fünf Grundschulen sowie sechs weiterführende Schulen runden das Gesamtpaket der attraktiven Stadt zum Wohnen und Erholen ab.





Sebastian Bührmann

hat das Difu nach über sechs Jahren erfolgreichen Wirkens im Forschungsbereich Mobilität am Difu-Standort Berlin Ende Juli 2019 verlassen. Zuletzt war er Teamleiter für Nahmobilität. Als (Projekt-)Leiter der Fahrradakademie, die maßgeblich durch eine Zuwendung des Bundesverkehrsministeriums finanziert wird, hat Sebastian Bührmann mehr als hundert Fortbildungs- und Netzwerkveranstaltungen zum Radverkehr verantwortet. Er wird dem Themenbereich Radverkehr treu bleiben und wechselt zu einer Tochtergesellschaft des Landes Berlin.

Annegret Hoch

ist seit Juni 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu-Standort Berlin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen, Team Wirtschaft und Finanzen. Ihre Arbeitsschwerpunkte ökonomische Analysen, regionale Wertschöpfungsanalysen und die Erhebung und Auswertung quantitativer Daten. Aktuell wirkt Frau Hoch u.a. an der Weiterentwicklung des UBA-Konzepts „Die Stadt für Morgen“ und einer Studie zur lokalen Ökonomie im Kontext des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier - BIWAQ“ mit. Zuletzt war die Ökonomin bei DIW Econ, dem Beratungsunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin) tätig, wo sie regional- und innovationsökonomischen Fragen nachging.

Dr. Sebastian Köllner

war von November 2018 bis April 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin beschäftigt. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit standen Projekte zur Nachhaltigkeit, wie z.B. der „Monitor Nachhaltige Kommune“ sowie die „Fallstudien guter Praxis der BNE-Verankerung in Kommunen“. Darüber hinaus unterstützte Sebastian Köllner verschiedene weitere Projekte im empirisch-quantitativen Bereich. Seit Mai 2019 arbeitet Dr. Sebastian Köllner im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Roman Soike

war bis Ende Juli 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen, Team Infrastruktur und Sicherheit am Difu-Standort Berlin. In den rund dreieinhalb Jahren am Difu beschäftigte der Diplomingenieur sich vor allem mit den Prozessen und Auswirkungen des Digitalen Wandels in Städten und Regionen sowie den damit verbundenen Fragen für Kommunen. Dabei lag der Schwerpunkt seiner Arbeit in den Themenfeldern Digitale Infrastrukturen und Smart Cities. Soike wechselt zum 1. Oktober 2019 in das Brandenburgische Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung.

Britta Sommer

war mehr als sechs Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin tätig, bevor sie das Difu Ende März 2019 verließ. Im „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK)“ beriet Frau Sommer Kommunen und kommunale Akteurinnen und Akteure aus ganz Deutschland bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten und in Angelegenheiten der Fördermittelbeantragung. Neben dem SK:KK brachte sie ihre Expertise am Difu auch in weiteren Projekten zum Thema Klimaschutz ein. Seit April 2019 ist Britta Sommer bei der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH im Themenfeld „Mobilität der Zukunft und Europa“ tätig.

Katja Tschiersch

Ist seit März 2019 im Difu als Empfangsmitarbeiterin am Standort Berlin tätig. Nach ihrer Ausbildung bei Siemens zur Büroassistentin, machte Frau Tschiersch ihr Fachabitur für Wirtschaft und Verwaltung, bevor sie dann 1991 am Flughafen Tegel für 24 Jahre als „Ramp-Agent“, d.h. Mitarbeiterin in der Flugzeugabfertigung bei der Berliner Lufthansa Airport Service (B.L.A.S.), angestellt war. Anschließend folgten vier Jahre beruflicher Weiterbildung und Schulungen unter anderem im Bereich Computeranwendung.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Sebastian Bührmann (Foto: David Ausserhofer), Annegret Hoch (Foto: Vera Gutofski), Sebastian Köllner, Roman Soike, Britta Sommer (Fotos: David Ausserhofer), Katja Tschiersch (Foto: Vera Gutofski)



Parlamentarischer Abend zu Radverkehr im ländlichen Raum

Zum Parlamentarischen Abend der Fahrradakademie am Deutschen Institut für Urbanistik trafen sich im Juni in der Österreichischen Botschaft Berlin rund 70 Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Verbänden. Sie diskutierten über die Potenziale des Radverkehrs im ländlichen Raum sowie über notwendige Strategien und Handlungsmöglichkeiten. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Österreichischen Botschaft Berlin statt und wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert sowie von der „Radkompetenz Österreich“ unterstützt.

➔ www.bit.ly/2N07IS4

Workshop über die Etablierung von Mobilitätsplänen

Im Juni fand im Difu der Workshop „Mobilitätspläne in Deutschland etablieren“ statt. In den Vorträgen und Diskussionen ging es um die Bedeutung integrierter Verkehrsentwicklungspläne bzw. nachhaltiger Mobilitätspläne (VEP/ SUMP). Besonderes Augenmerk galt der Koordinationsfunktion für die Lärmaktionsplanung, der Luftreinhalteplanung, Nahverkehrsplänen und der Stadtentwicklung. Aber auch die Notwendigkeit einer Förderung bei der Aufstellung solcher umfassenden Planwerke wurde erörtert. Diskutiert wurde eine Förderung, die analog zur Städtebauförderung ein Bundesförderprogramm für SUMP zur finanziellen und weiteren Unterstützung umfasst sowie eine stärkere rechtliche Verankerung ermöglicht.

➔ www.difu.de/12447

➔ www.difu.de/12584

Wirkungsvolle Beispiele der Suchtprävention gesucht!

Um „Wirkungsvolle Suchtprävention vor Ort“ geht es in der neuen Runde des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“. Kommunen können ihre Beiträge bis zum 15. Januar 2020 beim Difu einreichen, das den Wettbewerb für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung betreut. Neben Preisgeldern bietet der Wettbewerb die Möglichkeit, wirkungsvolle Maßnahmen der Suchtprävention bekannt zu machen und von anderen guten Beispielen zu lernen.

➔ www.difu.de/12885

Difu bei Auftaktveranstaltung des Landespräventionsrats Thüringen

Der Landespräventionsrat Thüringen ist ein von der Landesregierung neu eingesetztes Fachgremium. Er fördert, entwickelt und koordiniert landesweit die Kriminalprävention unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Expertisen und Praxiserfahrungen und berät die Landesregierung bei ihren Entscheidungen zu kriminalpräventiven Strategien. Bei der Auftaktveranstaltung im Juni in Erfurt diskutierten Prof. h. c. Erich Marks, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Dr. Holger Floeting vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin, Frank-Michael Schwarz, Präsident der Thüringer Landespolizeidirektion, und Kathrin Schuchardt, Demokratiepädagogin und Antigewalt- und Kompetenztrainerin, über die Fragen, was Kriminalprävention leisten kann bzw. soll, welche aktuellen Herausforderungen bestehen und welche Erwartungen in den LPR gesetzt werden.

➔ www.lpr-thueringen.de/

Difu bei Hauptversammlung des Deutschen Städtetages präsent

„Zusammenhalten in unseren Städten“ – unter diesem Motto stand die 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund. Die rund 1300 Delegierten und Gäste aus zahlreichen Städten aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten, wie in Zeiten des Umbruchs das Zusammenhalten gestärkt werden kann. Das Difu war vom 4.-6. Juni mit einem Infostand als Gast auf der Ausstellungsfläche der Stadt Dortmund präsent. Viele Delegierte informierten sich über die Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Difu. Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl war gemeinsam mit Katja Dörner, der Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Dr. Matthias Haß, dem Sächsischen Staatsminister der Finanzen, Teilnehmer der Podiumsrunde beim Forum B „Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt“. Die Forenpapiere stehen online bereit.

➔ www.bit.ly/2oh2KyK

Difu beim TEAM-Staffellauf der Berliner Wasserbetriebe

Im Juni lief das Difu wieder mit zwei Teams beim 20. Berliner „SCC TEAM-Staffellauf“ 5 x 5 km durch den Tiergarten. Die Laufenden spiegelten das Institut wieder: Sie kamen aus verschiedenen Forschungsdisziplinen und Organisationseinheiten, waren generationenübergreifend und geschlechtergemischt. Antrieb waren neben dem Sportsgeist vor allem der Spaß und das Miteinander. Perfektes Wetter, ein tolles Publikum und ein voller Picknickkorb zum Kräftesammeln gaben zusätzlichen Ansporn. Unter diesen Bedingungen erreichten die Teams Platz 1702 bzw. Platz 1651 unter insgesamt 5985 Teams. 30404 Teilnehmer waren beim Event am Start.

➔ www.bit.ly/2m4TtWd

Umfrage zu Investitionsrückstand und Investitionstätigkeit in Kommunen

Das Difu führt aktuell u.a. zur Vorbereitung des nächsten KfW Kommunalpanel eine Umfrage zur Investitionstätigkeit, Investitionsrückständen sowie Finanzierungsmöglichkeiten der Landkreise, Städte und Gemeinden durch. Der Fragebogen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Die Ergebnisse der Befragung dienen dazu, für die öffentliche Diskussion und für Entscheidungen belastbare Fakten über Finanzlage und Investitionstätigkeit der Kommunen zur Verfügung zu haben. In diesem Jahr wird zusätzlich das Thema Digitalisierung betrachtet.

➔ www.difu.de/12824

➔ www.difu.de/12231

Fotos (v.l.n.r.)

Parlamentarischer Abend (Foto: Doris Reichel, Difu); Landespräventionsrat Thüringen (Foto: Screenshot der Website); Podium Forum B, DST-Hauptversammlung 2019 (Foto: Sybille Wenke-Thiem), Difu-Team beim Staffellauf 2019 (Foto: Difu)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunalbezogene Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
➔ www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
➔ www.difu.de/institut/zuwender

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 3/2019

➔ www.bit.ly/2mxu0bN

Kommunalumfrage: Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft – Bericht im Rahmen des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“
➔ www.difu.de/12855

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft? Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen
➔ www.difu.de/12719

Klimaschutz & Luftreinhaltung
Strategien und Maßnahmen für saubere Luft in Kommunen
➔ www.difu.de/12723

Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation. Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich geprägten Regionen
➔ www.difu.de/12825

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018
Klimaaktive Kommune 2018.
➔ www.difu.de/12591

Rahmenbedingungen beim Mobilfunkinfrastrukturausbau. Beteiligungsprozesse, Bestimmungen und aktuelle Entwicklungen
➔ www.difu.de/12725

Mobilitätsmanagement in der Bundesverwaltung. Handlungsempfehlungen für die Praxis
➔ www.difu.de/12642

KfW-Kommunalpanel 2019
➔ www.difu.de/12625

Veranstaltungsdokumentationen und Vorträge

Photovoltaik auf kommunalen Dächern
Strom kosteneffizient selbst produzieren und nutzen
➔ ★ www.difu.de/12884

E-Tretroller auf oder neben der Spur?!
➔ ★ www.difu.de/12840

Innenentwicklung als Baustein einer qualitätsvollen Stadt- und Ortsentwicklung
➔ ★ www.difu.de/12703

Governance for Water Sensitive Urban Development
➔ ★ www.difu.de/12706

Parking management: state of play in 16 EU cities – lessons for your SUMP
➔ ★ www.difu.de/12712

Grünflächen unter Nutzungsdruck
➔ ★ www.difu.de/12142

Integration of shared mobility approaches in sustainable urban mobility planning
➔ ★ www.difu.de/12704

Ressourceneffiziente Stadtquartiere als Beitrag zur Urbanen Transformation
➔ ★ www.difu.de/12705

Praxis-Check „Urbanes Gebiet“ – Werkstattberichte und Erfahrungsaustausch
➔ ★ www.difu.de/12138

... nie so sicher wie heute!? Braucht die zivile Sicherheitsforschung eine neue Missionsorientierung?
➔ ★ www.difu.de/12638

Auswirkungen strategischer Schwerpunktsetzungen auf kommunale Investitionsbedarfe am Beispiel einer ökologischen Verkehrswende
➔ ★ www.difu.de/12607

Kommunale Netzwerke
➔ ★ www.difu.de/12641

Hitze in der Stadt
➔ ★ www.difu.de/12150

Stadterneuerung im Dialog 2019
➔ ★ www.difu.de/12136

Wettbewerbe und Partizipation – Widerspruch oder Bereicherung?
➔ ★ www.difu.de/12130

Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung
➔ ★ www.difu.de/12132



Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

Deutschlandfunk Kultur, Zeitfragen 24.9.2019

Wie wollen wir in Zukunft leben?

Der Soziologe Richard Sennett möchte Städte als offene Systeme denken, mit Freiräumen, die Bürger selbst gestalten können. Doch die Freiräume weichen oft standardisierten Apartmentbauten..

➔ www.bit.ly/2ICGVsF

Badische Zeitung, 31.08.2019

Wie Hausbesitzer sich vor dem Klimawandel schützen

Die Lahrer Stadtverwaltung stellt eine Broschüre mit vielen Tipps für bauliche und technische Veränderungen vor.

➔ www.bit.ly/2mklJ9T

rbb Inforadio, 20.8.2019

„Der Gehweg muss für andere Verkehrsmittel tabu sein“

Interview mit Uta Bauer

In der Verkehrsplanung wird der Fußgänger kaum berücksichtigt, sagt Uta Bauer vom Deutschen Institut für Urbanistik. Sie hat unter anderem an einem Entwurf für eine Fußgängerstrategie im Auftrag des Umweltbundesamtes mitgearbeitet und sagt, das Auto genieße immer noch Vorrang.

➔ www.bit.ly/2nge0ec

Deutschlandfunk, 13.8.2019

Berliner Senat will kleinen Geschäften helfen

Stark steigende Gewerbemieten setzen in den Städten viele inhabergeführte Geschäfte unter Druck. Der Berliner Senat macht sich jetzt im Bundesrat für eine Bremse für Gewerbemieten stark, um die Vielfalt in den Innenstädten zu bewahren.

➔ www.bit.ly/2niAyej

MDR exakt FAKT, 18.7.2019

Laubenglück in Gefahr

Rund 900.000 Kleingärten gibt es in Deutschland – Tendenz sinkend. Die Anlagen werden

zunehmend als Bauland begehrt. Die Kleingartenanlagen sind aber oft die grüne Lunge der Stadt. Werden sie bebaut, hat das Einfluss auf das Mikroklima in den Städten, argumentieren die Gegner der Bebauung.

➔ www.bit.ly/2GzJEtV

rbb Abendschau, 11.7.2019

E-Scooter nur in der Innenstadt?

Exklusiv liegen rbb 24 die Zahlen der E-Scooter in den einzelnen Bezirken vor. Bislang sind sie nur ein teures Touristenvergnügen in der Innenstadt und nicht Teil eines Verkehrskonzeptes, das etwa auch dem Märkischen Viertel nutzt. Was muss passieren?

➔ www.bit.ly/2Jtp5RU

Springer Professional, 9.7.2019

Viele Kämmerer blicken mit Sorge in die Zukunft

Noch brummt die Wirtschaft und die Steuereinnahmen der Kommunen sprudeln. Doch viele Kämmerer blicken mit Sorge auf den konjunkturellen Abschwung, zeigt eine aktuelle Umfrage.

➔ www.bit.ly/2ZnT17q

Stuttgarter Nachrichten, 1.7.2019

Verkehrsminister Herrmann setzt verstärkt auf den Fußverkehr

Verkehrsminister Winfried Herrmann will, dass mehr Menschen zu Fuß gehen. Doch diese vermeintlich einfache Fortbewegungsart zu fördern, erweist sich als schwierig.

➔ www.bit.ly/2OuTkMI

Bayerischer Rundfunk, 28.6.2019

Die Forderungen von „Fridays for Future“ auf dem Prüfstand

Die Aktivisten haben in dieser Woche einen Katalog mit Forderungen an die Stadt München vorgestellt. Darin werden zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz gefordert. Wir überprüfen die Behauptungen und Forderungen.

➔ www.bit.ly/322KfhD

Deutschlandfunk Länderzeit, 12.6.2019

Welche politischen Strategien helfen gegen die Wohnungsnot?

Bezahlbarer Wohnraum in den Städten ist Luxus. Das Problem: Inzwischen sind fast alle Bevölkerungsschichten von der Misere am Wohnungsmarkt betroffen. Dabei mangelt es nicht an Überlegungen, wie die Wohnungsknappheit überwunden werden kann. Doch

welche Strategie ist wirklich erfolgreich?

➔ www.bit.ly/2OuTCDi

Der Neue Kämmerer, 12.6.2019

Kommunen bauen Investitionsrückstand ab

Die Kommunen investieren mehr als in den Vorjahren, haben aber mit Kapazitätsengpässen zu kämpfen, heißt es im aktuellen KfW-Kommunalpanel. Viele Kämmerer blicken wenig optimistisch in die Zukunft.

➔ www.bit.ly/2Yzrlv6

ZEIT ONLINE, 11.6.2019

BVG-App führt unterschiedliche Mobilitätsangebote zusammen

Mit der Plattform Jelbi sollen verschiedene Sharing-Angebote und öffentliche Verkehrsmittel kombinierbar werden. Die App geht nun in Berlin in eine Testphase.

➔ www.bit.ly/2LR4SIrn

Deutschlandfunk

Wissenschaft im Brennpunkt, 9.6.2019

Die Digitalisierung verändert die Stadt

Sie weisen den Weg, vermieten Wohnungen, liefern Pizza – Tech-Konzerne wollen das urbane Leben komfortabler und effizienter machen. Kritiker sagen: Sie zerstören Nachbarschaften, fördern prekäre Arbeitsbedingungen und untergraben die Demokratie. Es ginge auch anders.

➔ www.bit.ly/2x0coa8

der gemeinderat, 6/2019

Carsten Kühl: „Politik und Planung müssen handeln“

Der Klimawandel ist spürbar. Wie sollten Stadtplaner darauf reagieren? Prof. Dr. Carsten Kühl, Leiter des Difu, fordert die systematische Verknüpfung von Schutzmaßnahmen etwa beim Bau neuer Quartiere. Ein Masterplan könnte hier unterstützend wirken.

➔ www.bit.ly/2ZpeEEG

Behörden Spiegel, 5/2019

Sicherheitsstrategien diversifizieren

Kommunale Sicherheitsstrategien müssen künftig noch diversitätsorientierter ausgestaltet werden als bisher. Es komme darauf an, möglichst viele unterschiedliche Bedürfnisse und Werte einzubeziehen und sie damit anzuerkennen. Denn: Sicherheitsbedürfnisse und -wahrnehmungen verändern sich fortlaufend.

➔ www.bit.ly/2yrUde9



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

